

„GfP“-Jahreskongress im Mai

THÜRINGEN. Im „Herzen Deutschlands“ findet vom 23. bis 25. Mai der diesjährige Jahreskongress der extrem rechten „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) statt. Die 1960 unter tatkräftiger Unterstützung von Alt-Nazis gegründete Vereinigung tagt in diesem Jahr unter dem Motto „Missbrauchte Geschichte – Deutschland ewig am Pranger?“. Als Referenten eingeladen hat die „GfP“ den kanadischen Publizisten James Bacque, Dr. Albrecht Jebens, ehemals Geschäftsführer der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat“, Generalleutnant a.D. Dr. Franz Uhle-Wettler, den Oberstleutnant a. D. Alfred E. Zips, der früher beim „Bund Freier Bürger“ war, sowie den Publizisten Pavel Kamas aus Tschechien. Letzterer referiert zum Thema „Die Tschechei unter Hitler – Eine Richtigstellung der Zeitgeschichte“. Den „Hutten-Preis“ der „GfP“ soll in diesem Jahr Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof erhalten, der in extrem rechten Kreisen ein gern gesehener Gast ist. Als Ort der Tagung, die als „Zeichen des Protests gegen zeitgeistige Bevormundung und medialen Tugendterror von Links“ gesehen wird, habe man in diesem Jahr wieder das „schon bekannte kleine, rustikale Hotel in Thüringen ausgewählt“, heißt es in der Einladung der „GfP“.

hma ■

„Paneuropa-Tage“ in Altötting

ALTÖTTING. Unter der Schirmherrschaft von Horst Seehofer finden vom 2. bis 5. Mai die „Paneuropa-Tage“ der „Paneuropa-Union Deutschland“ in Altötting statt. Unter den angekündigten Referenten finden sich in diesem Jahr sog. „Lebensschützer“ wie Manfred Libner, Geschäftsführer der Stiftung „Ja zum Leben“, und die vor einigen Jahren zum Katholizismus konvertierte Publizistin Birgit Kelle vom Verein „Frau 2000plus“. Kelle hatte jüngst Kritik vom Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche, Nikolaus Schneider, einstecken müssen. Schneider warf der Publizistin, die auch für die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ schreibt, „populistische Anbiederei“ an „veränderungsunwillige konservative Kreise“ vor. Kelles „polemische“ Kritik an der Gender-Theorie „und die Zustimmung zu ihr lassen darauf schließen, das mit ‚Gender‘

Ostermärsche und -aktionen 2014

Vom 17. bis zum 21. April 2014 finden zahlreiche Ostermarschaktionen statt. Die drohende Eskalation des Ukraine/Russlands-Konflikts wird wichtiges Thema.



Montage: GNN

Die Ostermärsche erinnern im Gedenkjahr 2014 an 100 Jahre Krieg und Aufbegehren dagegen und verlangen den Paradigmenwechsel von der Militärpolitik zur Zivilen Konfliktbearbeitung.

Mit Demonstrationen, Kundgebungen, Fahrradtouren, Wanderungen und Friedensfesten stellen sich die Friedensgruppen der Rüstungs- und Interventionspolitik der Großen Koalition entgegen und weisen die forschen Sprüche des „Trio Infernale“ Gauck, von der Leyen und Steinmeier zu mehr (militärische) deutsche Verantwortung zurück. Für Afghanistan wird der vollständige Abzug der Nato-Truppen und massive zivile Hilfe für den Wiederaufbau gefordert. Die Friedensgruppen wollen eine friedliche Lösung der Kriege in Mali und Syrien und fordern ein Verbot der skandalösen deutschen Rüstungsexporte.

Das derzeitige verbale Säbelrasseln sowie eine Eskalation von Sanktionen im

Ukraine/Krim-Konflikt hin zu einem Wirtschaftskrieg mit Russland wird in der Friedensbewegung scharf abgelehnt. Wichtige Themen sind auch die Abschaffung der Atomwaffen und die Stilllegung aller Atomanlagen sowie die Kritik an der Rekrutenwerbung der Bundeswehr in Schulen und im öffentlichen Raum und Zivilklauseln an den Hochschulen.

Die Ostermärsche finden traditionell in regionaler und lokaler Verantwortung statt.

Einen Überblick über die Termine 2014 in den verschiedenen Regionen gibt es auf der Website der Friedenskooperative: <http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/om2014.htm>

Aus dem Inhalt:

Fußball, Freundschaft, Fackelmärsche	7
Europas Faschisten und Russland/Ukraine	8

Gefühle und Ängste bei Menschen angesprochen werden“, so Schneider. In einem anderen Forum der Tagung geht es um die „EU inmitten von Krisenherden“. Hier referieren u.a. General a.D. Klaus Reinhardt, ehemals Befehlshaber von Bundeswehreinheiten in Somalia, Kroatien und Bosnien-Herzegowina, sowie der uigurische Journalist Erkin Alptekin, Mitgründer einer „Organisation Nichtrepräsentierter Völker“ und ehemals Mitarbeiter bei „Radio Liberty“. Zu der Veranstaltung im Altöttinger Kultur + Kongress-Forum gehört auch ein Ausflug zum Grab des „großen Paneuropäers Franz Josef Strauß“ inklusive Kranzniederlegung und dreifachem Salut in Rott am Inn. hma ■

Rechtes Jugendbündnis gegründet

ÖSTERREICH/WIEN. In der FPÖ-Zentrale in Wien wurde Anfang April die europäische Jugendorganisation „Young European Alliance for Hope“ (YEAH) gegründet. Der länderübergreifende Zusammenschluss aus den Jugendorganisationen der österreichischen FPÖ, den „Schwedendemokraten“, der französischen „Front National“ und dem belgischen „Vlaams Belang“ strebt ein „Europa der Vaterländer“ an. Das neue Jugendbündnis sei nicht nur im Zuge der EU-Wahl gegründet worden, so FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky, sondern wolle „langfristig mit Kampagnen europäische Werte im Sinne der Jugend“ vermitteln. Zum ersten Vorsitzenden der „YEAH“ wurde Tom Van Grieken vom „Jungen Vlaams Belang“ gewählt. hma ■

Demonstration gegen rechte Gewalt und Nazistrukturen

DORTMUND. Rund 500 Personen nahmen heute in der Innenstadt an einer Demonstration gegen Neonazis und rechte Gewalt teil. Die Veranstaltung wurde anlässlich des 9. Jahrestags der Ermordung von Thomas „Schmuddel“ Schulz organisiert. Die Route des Aufzugs führte vom Hauptbahnhof zum Wilhelmplatz nach Dorstfeld. Eine Zwischenkund-

gebung fand vor dem ehemaligen Nazi-Zentrum an der Rheinischen Straße statt.

„Mit 500 TeilnehmerInnen war die heutige Demonstration ein Erfolg. Wir setzen darauf, dass sich uns am 1. Mai zahlreiche DortmunderInnen anschließen werden, um den Naziaufmarsch zu verhindern“, so die Pressesprecherin der Veranstalter, Hanna Piehl. Zahlreiche Menschen machten sich heute auf den Weg von der Dortmunder Innenstadt in den von zahlreichen Neonazis bewohnten Stadtteil Dorstfeld.

Unverständlich bleibt allerdings, warum die Dortmunder Polizei es verhindert hat, dass sich die DemonstrantInnen wirkungsvoll gegen Nazi-Fotografen schützen konnten. Bereits seit Jahren veröffentlichten Dortmunder Neonazis Fotos im Netz, häufig zusammen mit Informationen über den Wohnort und das private Umfeld der Betroffenen. „Um zu verhindern, dass an der Demonstrationsroute wohnende Neonazis Portraitfotos von den Demoteilnehmern anfertigen können, hatten sie Sonnenschirme mitgebracht“, so die Pressesprecherin der Veranstalter. Die Polizei verbot allerdings die Schirme in Dorstfeld aufzuspannen. Dazu erklären die Veranstalter: „Wenn die Polizei gewährleisten würde, dass die Nazis keine Fotos machen können, wäre dies nicht notwendig gewesen. Angesichts zahlreicher Fälle rechter Gewalt in Dortmund ist es ein legitimes Anliegen, dass sich Menschen dagegen schützen wollen.“ Mit diesem Verhalten begünstigt die Polizei nicht nur das Vorgehen der Neonazis, sondern sie bringt bewusst Menschen, die gegen Rassismus auf die Straße gehen, in Gefahr.

„Es gilt, weiterhin wachsam gegen rechte Gewalt zu sein. Auch nach dem Verbot der Kameradschaft ‚NWDO‘ sind die Neonazis aktiv“, so Piehl. Daher müsse antifaschistisches Engagement in Dortmund einen langen Atem haben. „Die heutige Demonstration war ein wichtiges und laut-starkes Zeichen gegen rechte Gewalt“, so das Fazit von Hannah Piehl.

Quelle: Pressemitteilung
<http://dortmund.blogsport.de/>
29.03.2014 ■



<http://dortmund.blogsport.de/>

Klare Haltung gegen extrem rechte Tendenzen gefordert

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die Dachorganisation der Verbände ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Deportierter, Kämpfer in den Reihen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolger des NS-Regimes und ihrer Angehörigen sowie Antifaschisten heutiger Generationen aus 25 Ländern Europas und Israels hat auf ihrer letzten Sitzung in Budapest folgende Erklärung zur Entwicklung der extremen Rechten in Europa beschlossen. Hier die Erklärung im Wortlaut:

Die FIR erklärt ihre große Sorge über die aktuelle Entwicklung in Europa. Wir sehen, dass die extreme Rechte und neofaschistische Kräfte in Ländern der Europäischen Union und außerhalb der EU massiv an Einfluss gewinnen. Beispielsweise sind sie in Ungarn Stichwortgeber für chauvinistische und rassistische Politik, in Polen grenzen sie gesellschaftliche Minderheiten aus, in den baltischen Staaten betreiben sie Geschichtsrevisionismus und in der Ukraine haben neofaschistische und extrem-rechte Kräfte – unterstützt durch Repräsentanten europäischer Regierungen, der USA und der NATO – großen Einfluss in der gegenwärtigen Regierung, die außerhalb Verfassung gebildet worden ist. Deren Politik ist nicht nur gegen gesellschaftliche und nationale Minderheiten gerichtet, sondern sie stehen für Krieg und Expansion.

Die FIR missbilligt, dass Vertreter der Europäischen Union solche Kräfte anerkennen und massiv fördern. Unsere Idee von Europa ist verbunden mit der Tradition des antifaschistischen Widerstands, ein Europa, das die sozialen und gesellschaftlichen Rechte aller Menschen sichert. Daher fordern wir eine klare Haltung aller europäischen Autoritäten gegen extrem-rechten Tendenzen und neofaschistische Gruppen in allen europäischen Staaten.

Fédération Internationale des Résistants (FIR) – Association Antifasciste ■



„Kopfnicken gegen Nazis“ reicht nicht

Antifaschistische Presseerklärung des DGB-Kreisvorstandes Heidekreis

Mit schöner Regelmäßigkeit fordern uns der Bundespräsident und andere zur Zivilcourage gegen Nazis und Rassisten auf. In Soltau hingegen wird die NPD toleriert. Am Samstag 12.4.14 konnten NPD-Führer zur besten Einkaufszeit mitten in Soltau zwei Stunden lang unüberhörbar und unübersehbar ihre menschenfeindliche Propaganda verbreiten. In ihrer homepage freuen sich die Nazis darüber, dass sie dabei nicht im geringsten gestört wurden.

Dass NPD kommen würde, war erst am 12.4.14 in der Böhme-Zeitung auf Seite 1 zu lesen. Wer das Blatt nicht rechtzeitig zur Hand hatte, wurde wie wir GewerkschafterInnen später von einer bekannten Recherche-Journalistin über den Nazi-Auftritt informiert.

Zwei Tage zuvor hatte der Stadtrat gerade mal ein Kopfnicken gegen die NPD zustande gebracht. Köstlich amüsiert sich die NPD im Internet übers diese „schon fast militante Art des antifaschistischen Widerstandes“ des Stadtrates.

Mit dem Kopfnicken hat der Stadtrat gleichzeitig die Duldung der Nazis abgenickt, während andernorts Bürgermeister Demonstrationen gegen Nazis anführen.

Ordnungsämter von Stadt und Landkreis, Polizei und Staatsschutz, Bürgermeister und viele Mitglieder des Stadtrats waren längst über den geplanten Auftritt der Nazis informiert. Alle schwiegen bis zuletzt. Alles in der Schule gelernte über den verbrecherischen Faschismus, alles Engagement für das Mahnmal für die zahlreichen Naziopfer in Soltau, auch die Vorträge über die Gefahr des Neofaschismus bei Landfrauen und der Zionskirche in den letzten Wochen, führten zu keinerlei Handeln. Auch wer am Samstag den Presseartikel las oder in der Innenstadt an der Nazi-Propaganda vorbei ging, zeigte keine Reaktion. Alle sehen weg, alle tolerieren, dass sich Nazi-Propaganda breitmachen kann.

Politik, Parteien und Verwaltung hatten genug Zeit, bekannte antifaschistische Organisationen wie die Gewerkschaften zu informieren oder gleich selbst zum antifaschistisch-demokratischen Protest aufzurufen. Politik, Polizei und die Entscheidungstragenden der Verwaltungen sind keine Vorbilder mit Courage.

Seit den 1980er Jahren haben antifaschistische Gruppen und Ge-

werkschafterInnen sehr viele Nazi-Veranstaltungen im Landkreis verhindert – oft sogar im Voraus erfolgreich Druck auf Wirte und Raumvermieter ausgeübt. Daran muss wieder angeknüpft werden. Wir fordern Schluss mit der Informations-Verhinderungspolitik der Verantwortlichen von Stadtrat und Verwaltung. Wir verlangen, dass Rat, Verwaltung und Polizei uns frühzeitig über Vorhaben von Nazis und Rassisten informieren. Es gibt auch in Soltau und Umgebung Menschen mit Zivilcourage, die rassistische Propaganda nicht dulden.

Nazi-Propaganda ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!
„Kopfnicken gegen Nazis“ im Stadtrat reicht nicht.

Wer Nazis nicht länger tolerieren will, der/dem steht am 1. Mai bei der DGB-Veranstaltung in Soltau im Hagen das Mikrofon offen.

Oder kommen Sie am 18. oder 19.4.14 in Dorfmark zum Protest gegen die rassistischen Ludendorffer und zeigen Sie, dass weder im Heidekreis noch sonstwo Platz für Nazi-Propaganda ist!

*Charly Braun, DGB-Kreisvorsitzender
 Carsten Soltwedel, stellv. DGB-Kreisvorsitzender*

**NIE WIEDER wegsehen ...
 Rassisten nicht verharmlosen**



Wahl HD Charly Braun - DGB - Ratshofstr. 1 - 29114 Soltau

Proteste gegen die Ludendorffer

+++MAHNWACHE+++

Fr. 18.4.14
um 13.00 Uhr

„Hotel Deutsches Haus“,
Hauptstraße, Dorfmark



Das Deutsche Haus ist seit Jahrzehnten
 Tagungsort für NSDAP-Mitglieder ...

**DEMONSTRATION
 + KUNDGEBUNGEN**

kreative Angebote
 Livemusik
 Bühne in der Hauptstraße

sa. 19.4.14
um 13.00 Uhr
Bahnhof Dorfmark



Ostern, 12.4.2011 Inform. von Charly Braun über
 Protest gegen Ludendorff (Foto: monitorix)

Seit 40 Jahren tagt der „Bund für Gotteskenntnis (Ludendorff) e.V.“ in Dorfmark (Bad Fallingb., Ostern). Mit Volkstanz und Vorträgen wird Kindern bis SeniorInnen Rassistik gelehrt. Bekannte Nazis sind immer wieder dabei ...

Mathilde Ludendorff – selbsternannte Philosophin und Frau des Hitler-Putschführers von 1923; General **Erich Ludendorff**, teilt in ihrer Lehre die Menschen in „Licht- und Schachtlassen“ ein. Die nordischen „Lichtassen“ seien dem Göttlichen nahe, die „Schachtlassen“ unvollkommen und sündhaft. Die einen seien von Natur aus zum Herrschen, die anderen zum Dienen geschaffen. „Blutschung“ führe zum „Volkstod“. Deutsche Kinder würden durch eine „verjudete christliche Erziehung“ geschädigt ... [7]

**Die einen tagen –
 die anderen morden!**

Bei der NPD wird unter dem Schlagwort „Volk“ die Sichtweise von Ludendorff aufgegriffen. Aus dieser rassistischen Ideologie heraus wurde auch in den letzten Jahren gemordet ...

Ostern 2010 wurden Journalisten von Ludendorffern tätlich angegriffen, weil sie auf der Straße den prominenten Altnazi Hajo Herrmann fotografieren wollten. Ostern 2012 zerschlug der bekannte Nazi-Aktivist Steffen Hupka die Kamera eines Journalisten. 2013 nahm die bekannte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck an der Ludendorff-Tagung teil.

Der Weltanschauungsbeauftragte der Ev. Landeskirche Hannover, Pastor Jürgen Schrare nennt die völkischen, antisemitischen und auch antichristlichen Ludendorffer „EINE GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE“



Wegen „Hitler-Guß o.g.“ abgelehnt

Mit dem „Bündnis gegen Ludendorff“ laden zum Protest ein:
 Antifaschistische Initiative SFA, BfG/Die Grünen, Die LINKE Heidekreis und LAG Antifa, Pia Zimmermann NAB/Die LINKE, Dietrich Dehn NAB/DIE LINKE, DGB-Jugend, DGB, GFW, Jasso, Linksjugend SOLID, Maximilian Schneider MfL SPD, Michael Hans Hörtlich MfL SPD, Petra Zimmermann MfL SPD, Netzwerk Südheide gegen Rechtsradikalisierung, SPD Bad Fallingb., ver.di, VVN/BdA (Vereinigter der Verfolgten des Nazingetters) ... Weitersagen und dabei sein!

NPD-Aufmarsch am 1. Mai stoppen!

ROSTOCK. Am ersten Mai will die neofaschistische NPD in Rostock marschieren. Etwa 300 Nazis wollen durch den Rostocker Nordosten, genauer gesagt durch die Stadtteile Dierkow und Toitenwinkel, laufen. Geplant sind unter anderem zwei Kundgebungen in der Martin-Luther-King-Allee und im Kurt-Schumacher-Ring in der Nähe des Sky-Marktes, damit ziehen die Nazis nur einige hundert Meter am Mahnmal für den vom „Nationalsozialistischen Untergrund“ ermordeten Mehmet Turgut vorbei.

NPD-Aufmärsche am ersten Mai in Mecklenburg-Vorpommern haben Tradition

Angemeldet wurde der NPD-Aufmarsch, der unter dem Motto „Arbeit – Heimat – Zukunft – Wir kämpfen für Deutschland“ steht, von dem umtriebigen NPD-Landtagsabgeordneten David Petereit. Petereit gehört zu den aktivsten NPD-Kadern im Land. Bis zu ihrem Verbot baute er unter anderem die Kameradschaft „Mecklenburgische Aktionsfront – M.A.F.“ auf und zeichnet verantwortlich im Sinne des Presserechts für die Internetseite „Mupinfo“, der wichtigsten Nazi-Website in Mecklenburg-Vorpommern.

Schon vor vier Jahren wollte die NPD durch Rostock marschieren. Während der Stadtteil Lütten Klein von einer Blockade abgeschrmt wurde, mussten die Nazis auf das benachbarte Viertel Groß Klein ausweichen. In den vergangenen Jahren meldete die NPD immer wieder Aufzüge in verschiedenen Städten Mecklenburg-Vorpommerns an. Aufgrund mehrerer kleiner Aufmärsche im Land und geringer werdender Teilnehmer_innenzahlen, verzichtete die Partei allein vergangenes Jahr auf einen Aufmarsch am „Tag der deutschen Arbeit“.

Juristischer Erfolg für Kampagne „Veto! – Gegen jeden Rassismus“

Etwa 120 Menschen folgten dem Aufruf der Kampagne „Veto! – Gegen jeden Rassismus“ und demonstrierten am 15. März 2014 im ostsächsischen Bautzen gegen einen rassistischen Aufmarsch der Bürgerinitiative „Bautzen wehrt sich gegen Asylmissbrauch“.

Einen Tag vor der angemeldeten antirassistischen Demonstration erhielt der Anmelder dieser einen skurrilen Auflagenbescheid. In diesem wurde unter anderem beauftragt: „Auf Flugblättern muss der Verleger, bei Selbstverlagen der Verfasser und Herausgeber benannt sein. Anzugeben sind Name oder Firma und Anschrift. Bei über das Maß hinausgehender Verunreinigung der genutzten Straßen sind diese Verunreinigungen ohne Aufforderung zu beseitigen.“

Bevor die Demonstration am 15. März

Europa- und Kommunalwahlen 2014

Die anstehenden Kommunal- und Europawahlen lassen die NPD im Nordosten aufhorchen. Besonders im Rostocker Nordosten erhielt die neofaschistische Partei in den letzten Jahren erheblichen Zuspruch. Offenbar möchte man den Aufmarsch nicht zuletzt für den anstehenden Wahlkampf benutzen. Nachdem einer Klage der Bundes-NPD gegen die Drei-Prozent-Hürde bei den Europawahlen stattgegeben wurde, rechnet man sich aussichtsreiche und gutbezahlte Abgeordnetenposten im Europaparlament aus. An der Spitze der Europalisten steht der NPD-Bundesvorsitzende, Udo Pastörs, der gleichzeitig Fraktionsvorsitzender der NPD-Landtagsfraktion im Schweriner Schloss ist.

NPD-Aufruf: Schuld sind, wie immer... die „Ausländer“.

In gewohnter Manier verzerrt die NPD in ihrem Aufruf die sozialen und ökonomischen Probleme des Landes und die Schuld an allem haben – natürlich – Migrant_innen. „Wir fordern [...] vollwertige Arbeitsplätze und gerechte Löhne in unserer Heimat. Das bedeutet [...] den sofortigen Stopp der Masseneinwanderung die lediglich zur Verschärfung der Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt dient“ heißt es unter anderem in dem Text. Populärer Weise wird anschließend ein „flächendeckender Mindestlohn“ gefordert, ohne jedoch eine konkrete Mindestbezahlung zu nennen. Der – in Industrieländern übliche – Bevölkerungsschwund wird einmal mehr als „Volkstod“ inszeniert, auch hier sollen „die Ausländer“ wieder eine erhebliche Mitschuld tragen.

begann, kündigte der Anmelder gegenüber den Vertreter der Versammlungsbehörde an, diese unsinnigen Auflagen nicht zu akzeptieren. Nachdem ein Rechtsanwalt sich der Sache annahm, teilte die Versammlungsbehörde am 03. April mit:

„Im Ergebnis der erneuten Überprüfung wird hiermit erklärt, den v.g. Wortlaut künftig nicht mehr für Auflagen in Bescheiden für künftige, mit der Demonstration am 15.03.2014 in Bautzen vergleichbare Versammlungen Ihres Mandantens zur Anwendung zu bringen.“

Festzuhalten bleibt, dass sich die Versammlungsbehörde des Landkreises Bautzen mit ihren Auflagenbescheiden immer wieder selbst blamiert.

So konnte die Initiative „Pogrom 91“ im Februar 2012 einen juristischen Erfolg verbuchen. Im Mai 2012 bescheinigte sich die entsprechende Behörde erneut Unwissenheit, in dem sie im Zusammenhang mit einer antifaschistischen Kundgebung gegen eine NPD Demonstration

Das bestehende Asylgesetz, das so regressiv wie kein anderes in Europa ist, wird als „löchriger als ein Schweizer Käse“ bezeichnet. Als Antwort hat die NPD „umfangreiche Sofortmaßnahmen“ ins Auge gefasst. Schlussendlich behauptet die NPD einmal mehr, eine Alternative zum kapitalistischen System aufbauen zu wollen. Hohle Phrasen und Tatsachenverdrehungen – die NPD versucht einmal mehr auf Dummenfang zu gehen mit ihrem aktuellen Aufruf.

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hass auf alles vermeintlich Andersartige ist jedoch nicht die Lösung auf den existenzbedrohenden Kapitalismus – im Gegenteil, sie sind kapitalismusimmanente Bestandteile dieses neoliberalen Systems. Die NPD bietet keinen Ausweg aus der kapitalistischen Krise, denn ihre Erfolge sind letztlich nichts anderes als das Symptom einer Gesellschaft, die immer weiter auseinanderfällt. Die Antwort auf die menschenverachtende Hetze der Nazis kann deshalb einmal mehr nur lauten:

Keinen Fußbreit den Faschist_innen!

Egal, ob Rostock, Demmin oder anderswo: Naziaufmärsche blockieren ist unser Recht!

<http://ino.blogspot.de/> ■

in ein Auflagenbescheid schrieb: „Der Versammlungsleiter ist dafür verantwortlich, dass die Teilnehmer vor Beendigung der Versammlung aufgefordert werden, den Zielort dergestalt zu verlassen, dass keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gegeben ist; etwaige Anschlussaktionen sind zu unterbinden.“ Auch dieser Satz wurde nach juristischer Intervention aus dem Bescheid gestrichen, die Kosten trug der Landkreis Bautzen.

Fazit: Nach wie vor ist es ratsam, die Bescheide der Versammlungsbehörde des Landkreises Bautzen genau zu prüfen und gegen sinnentleerte Passagen vorzugehen. Eine Aushöhlung des Versammlungsrechtes wird damit entgegengewirkt. Letztendlich wird bei Erfolg der juristischen Auseinandersetzung dem Landkreis Geld entzogen, ein kleines weiteres Sandkorn im Getriebe des Systems.

Jens Thöricht ■

AfD-Sprecher: Parlament abschaffen, um Streikrecht abzuschaffen

Die AfD wird ins Europaparlament einziehen. Die Frage ist, mit wie vielen Kandidat*innen und die Frage ist, mit wem sie sich im EU-Parlament verbünden wird. Zugespielt wird diese Frage auf ein Zusammengehen entweder mit den britischen Conservatives, den Tories, also der Partei der jüngst verstorbenen Margaret Thatcher, die seinerzeit die Zerschlagung der Gewerkschaften und des Sozialsystems mit dem Spruch „There is no alternative“ rechtfertigte, oder mit der rechtspopulistischen UKIP, repräsentiert durch Nigel Farage. Die Führungsriege der AfD plädiert für ein Zusammengehen mit den Conservatives, obwohl deren Parteichef Cameron dies ausgeschlossen hatte. Die Rechtspopulist*innen innerhalb der AfD würden gerne mit der UKIP eine Fraktion bilden. Wie ist dieser Kampf einzuschätzen? Ist die Führungsriege liberaler als die Gruppe der Rechtspopulist*innen? In NRW ist dieser Streit offen ausgetragen worden mit dem Resultat, dass nun mit Dr. Hermann Behrendt ein Jurist zum Sprecher gewählt wurde, der fordert, das Parlament abzuschaffen, um unliebsame Forderungen durchzusetzen, wie die Abschaffung von Kündigungsschutz und Streikrecht. Weshalb entfernt die Parteiführung Rechtspopulisten aus Funktionsposten, nicht aber solche Leute wie Behrendt? Der Artikel will dieser Frage auf den Grund gehen und beginnt mit einem aktuellen Drama aus NRW:

Schmierenskomödie der AfD-NRW

Personen in der Rolle ihres Auftretens:

MARTIN RENNER Mitgründer der AfD, Ex-stellv. Sprecher AfD-NRW, Kumpel von Farage

NIGEL FARAGE Chef der britischen, rechtspopulistischen Partei UKIP

BERND LUCKE calvinistischer

Volkswirtschaftler, Gallionsfigur der AfD

ALEXANDER DILGER neoliberaler Volkswirtschaftler, Ex-Sprecher der AfD-NRW

JÖRG BURGER farbloser Ex-Sprecher der AfD-NRW

HERMANN BEHRENDT Sprecher der AfD-NRW, will Parlament und Streikrecht abschaffen

MARCUS PRETZELL aalglatter Spitzenkandidat aus NRW, hätte fast gegen Henkel gewonnen

HANS-OLAF HENKEL geistiger Vater der AfD, Neoliberalismus statt Parteidemokratie

SVEN TITSCHLER Nationalliberaler, Sprecher der Jungen Alternative in NRW

Vor allem in NRW hatte die Frage, ob die AfD im Europaparlament mit den To-

ries oder der UKIP zusammengeht, für erheblichen Streit gesorgt. So traf sich Martin Renner, stellvertretender Sprecher der AfD, gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied der AfD Mecklenburg-Vorpommern demonstrativ mit Nigel Farage, kurz nachdem AfD-Sprecher Lucke und der AfD-Sprecher von NRW, Alexander Dilger, diese Zusammenarbeit ausgeschlossen hatten. Martin Renner musste darauf zurücktreten, aber auch Dilger trat zurück. An die Stelle Dilgers wurde Jörg Burger zum Sprecher gewählt, der bis zu seinem Abtritt wenige Monate später sehr farblos wirkte. Renner hingegen wurde durch Hermann Behrendt ersetzt, der vom Beisitzer zum stellvertretenden Sprecher aufrückte.

Bereits durch diese Ersetzung von Renner durch Behrendt wird deutlich, dass es der AfD-Spitze keineswegs darum geht, die Partei von rechten Kräften zu säubern. Denn Behrendt scheint in seinen Einstellungen mindestens genauso rechts zu sein wie Renner, darauf wird später noch einzugehen sein. Behrendt widerspricht allerdings nicht der Parteiführung. Und Behrendt vertritt nicht nur rechtspopulistische Positionen, sondern auch sehr unpopuläre rechte Forderungen.

Das Kräfterennen in NRW war damit nicht beendet. Als Alexander Dilger von seinem Vorsitz zurücktrat, wurde von AfDlern gemutmaßt, dass er auf einen EU-Sitz spekuliere. Tatsächlich ließ sich Dilger von der NRW-Delegiertenkonferenz auf Platz 1 für die Bundesdelegiertenkonferenz nominieren. Bei der Bundesdelegiertenkonferenz stimmten viele NRW-Mitglieder jedoch gegen ihn, Dilger hatte es in verschiedenen Anläufen nicht unter die ersten zwanzig geschafft. Stattdessen wurde der Bielefelder Rechtsanwalt Marcus Pretzell mit einer rechtsorientierten Rede auf Platz 7 für die EU-Wahlen gewählt. Damit ist er Spitzenkandidat aus NRW, mit Chancen, ins EU-Parlament gewählt zu werden – die AfD bräuchte dafür etwas mehr als 7 Prozent, was einige Meinungsforschungsinstitute ihr durchaus zutrauen. Darüber hinaus besaß Pretzell die „Freiheit“, beim Bundesparteitag gegen Hans-Olaf Henkel, dem geistigen Vater der AfD, um den stellvertretenden Sprecherposten zu kandidieren. Henkel gewann nur sehr knapp mit 334 gegen 313 Stimmen. Vor allem diese Abstimmung zeigt, dass den Installateur*innen der Partei die Basis zu entgleiten droht.

Auch Martin Renner war weiterhin aktiv. Er arrangierte ein Treffen mit dem britischen Rechtspopulisten Nigel Farage in Köln. Offiziell hatte der Vorstandspre-

cher der Jungen Alternative aus NRW, Sven Titschler, die Veranstaltung mit Farage organisiert. Titschler war zuvor Vorsitzender der Gustav-Stresemann-Gesellschaft, einer 2009 gegründeten nationalliberalen Organisation innerhalb der FDP. Für die AfD nahm Marcus Pretzell an der Veranstaltung teil. Auch diese Veranstaltung war ein deutlicher Affront gegen Lucke und Co. Diese revanchierten sich mit einer offiziellen Abmahnung an Pretzell, da Lucke zuvor klar gemacht hatte, dass es keine offiziellen Parteitreffen geben dürfe ohne Absprache mit dem Bundesvorstand.

Nach dieser Rüge durch den Bundesvorstand trat der NRW-Landesprecher, Jörg Burger, zurück. Der Vorstand machte nun Hermann Behrendt zum Sprecher. Behrendt ist nicht im eigentlichen Sinn Rechtspopulist. Da er weiß, dass er unpopuläre Forderungen umsetzen möchte, fordert er die Abschaffung des Parlamentarismus, um in einem zweiten Schritt die unpopulären Maßnahmen umsetzen zu können. Er ist mit dieser langfristigen Strategie sehr viel näher beim Bundesvorstand als bei den Rechtspopulist*innen, die kurzfristig ein Zusammengehen mit Nigel Farage einfordern.

Parlament abschaffen, um Streikrecht abzuschaffen

Von den Installateur*innen der AfD wird eine „Reform der Reformfähigkeit“, eine „Reform der politischen Entscheidungsstruktur“ gefordert. Das zumindest ist das Ziel von Hans-Olaf Henkel, welches er bereits 1997 einforderte, als er noch Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie war. Seine Idee, die Verfassung zu ändern, konnte man im Sammelband zur „Ruck-Rede“ des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog lesen und im selben Sammelband fand sich 1997 ein Text des AfD-Gründers und -Sprechers Konrad Adam mit dem vielsagenden Titel: „... wenn man mich lässt. Vom notwendigen Rückbau der Sozialpolitik.“ Dass Henkel zu den schärfsten Verteidigern Thilo Sarrazins gehört, der ebenfalls Verfassungsänderungen anstrebt, passt dazu. Denn wie wir wissen, steht „Reform“ in manchen Kreisen für den Sozialabbau inklusiver lange erkämpfter Rechte. Erstmals ist mir die politische Formel „Reform der politischen Entscheidungsstruktur“ in einem Sammelband der Bertelsmann-Stiftung in den 1990er Jahren aufgefallen („Demokratie neu denken. Verfassungspolitik und Regierungsfähigkeit in Deutschland“, Gütersloh 1998). Im Vorwort heißt es: „Die Aufgaben des demokratischen Ver-

fassungsstaats allerdings können nur mit klaren Entscheidungsstrukturen bewältigt werden. Um die politische Steuerungsfähigkeit wiederzugewinnen, bedarf es eines Abbaus der Funktionsverflechtung, einer Reduktion der Regelungsdichte und der Wiederherstellung der Kongruenz von Handlungskompetenz und Verantwortungsübernahme.“ Dabei gelte es zu prüfen, inwieweit Verfassungsänderungen vorgenommen werden müssten, um die Entscheidungsstrukturen zu reformieren. Die Politik sei in „endlosen Verteilungskämpfen“ gefangen, daher müsse das Parteiensystem reduziert, die Entscheidungsstrukturen „gestrafft“ und die Regierungsfähigkeit „verbessert“ werden, auf den Punkt gebracht: weniger Auseinandersetzung, mehr Durchsetzung. Wenig später, 2003, wurden Konvente gegründet, um diese Politik durchzusetzen: der BürgerKonvent von Meinhard Miegel, der inzwischen zum Machtnetzwerk der Zivilen Koalition von Beatrix von Storch gehört – Vera Lengsfeld ist in der Zivilen Koalition und im BürgerKonvent für den Angriff auf das Parteiensystem zuständig; und der Konvent für Deutschland, der eine „Reform der Reformfähigkeit“ anstrebt und maßgeblich von Hans-Olaf Henkel mit aufgebaut worden ist. Mir wurde mitgeteilt, dass Henkel seit Februar nicht mehr beim Konvent für Deutschland auftritt, weil er jetzt Europawahlkampf für die AfD mache. Diese Bestrebungen, das demokratische System unternehmerfreundlicher zu gestalten, hat Thomas Wagner in seinem Buch „Demokratie als Mogelpackung. Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus“ ausführlich dargestellt.

Der neue Sprecher der AfD-NRW, Hermann Behrendt, gehört zu den eifrigen Lesern des Gründers des BürgerKonvents, Meinhard Miegel. In seiner „Realutopie“ vom Dezember 2011, „Mandative Demokratie“, skizziert Behrendt in schonungsloser Offenheit, wie wir uns die „Reform der Reformfähigkeit“ vorstellen können: Das Parlament soll durch eine direkt gewählte Regierung ersetzt werden. Damit sei dann die Grundlage geschaffen, notwendige Änderungen durchzuführen wie die Abschaffung des Streikrechts, die Abschaffung des Kündigungsschutzes, die Rente mit 70, Arbeitszwang für Arbeitslose, Einschränkung der betrieblichen Mitbestimmung. Behrendt macht sich zudem darüber Gedanken, was wohl geschähe, wenn es kein Streikrecht und Kündigungsschutz mehr gäbe. Bei Demonstrationen könnte zukünftig ein „Ordnungsdienst“ eingesetzt werden, dieser Ordnungsdienst solle sich rekrutieren aus achtzehnjährigen Männern und Frauen, die in der „Realutopie“ Behrendts einer „Dienstpflicht“ unterlägen und diese im „Ordnungsdienst“ ableisten könnten. Mit seiner „Mandativen Demokratie“ will Behrendt gegen „Arbeitsscheue“ und

„Migration der Falschen“ vorgehen. Die krassesten Sätze aus „Mandative Demokratie“ sind in meinem Blogbeitrag „AfD-NRW-Vorstandssprecher: Abschaffung der parlamentarischen Demokratie“ (<http://andreaskemper.wordpress.com/2014/03/29/afd-nrw-vorstandssprecher-ab-schaffung-der-parlamentarischen-demokratie/>) dokumentiert.

Strategie der kleinen Schritte

Ich habe den ehemaligen Sprecher der AfD-NRW, Alexander Dilger, mit diesen Zitaten Behrendts konfrontiert. Prof. Dr. Alexander Dilger hat übrigens sein Büro in der Politikwissenschaft genau neben Prof. Dr. Ulrich van Suntum, dessen Frau, Dorothe van Suntum, als Bundestagskandidatin für die AfD auftrat. Es wäre mehr als problematisch, wenn sich zeigen sollte, dass sich in der Politikwissenschaft der Uni Münster eine Gruppe von Verfassungsfeinden breit machen sollte.

Konkret hatte ich Alexander Dilger, der in seinem Blog Marcus Pretzell riet, er solle „die Klappe halten“, in eben diesem Blog gefragt, wie er als Liberaler und ehemaliger FDPler zu Behrendts Positionen stehe. Schließlich sei Behrendt jetzt Landessprecher. Dilger wollte sich damit herausreden, dass Behrendt ja nur eine Privatmeinung geäußert habe und zwar vor seinem Beitritt zur AfD, und diese müsse getrennt werden von seinem AfD-Posten. Interessanterweise gab es darauf einen Kommentar von Behrendt höchstpersönlich.

Er argumentierte im Blog von Alexander Dilger, in seiner Replik auf den „unsäglichen Herrn Kemper“, ich hätte „böswillige Auslassungen“ in meinem Text, er benannte diese allerdings nicht. Dann behauptet er:

„Ich habe dieses Demokratiemodell aus gutem Grund als Utopie bezeichnet. Das literarische Konstrukt einer Utopie hat den Sinn, den Blick auf die Realitäten zu schärfen. Darauf kam es mir an.

Selbstverständlich haben alle in diesem Buch geäußerten Ideen nichts mit der AfD zu tun. Bei der AfD befinden wir uns in der harten Realität.“

Behrendt versucht hier seine Programmatik, seine konkrete Utopie, in der mehrfach davon die Rede ist, dass mit kleinen Schritten nach und nach diese „Realutopie“ verwirklicht werden könnte, als bloßes Gedankenexperiment darzustellen. Dilger dankte ihm für die Antwort und wünschte ihm viel Erfolg als neuer Sprecher.

Ich konnte Herrn Behrendt leicht nachweisen, dass er nicht von einer „Utopie“, sondern von einer „Realutopie“ sprach, die er deswegen „Realutopie“ nannte, weil er sie realisieren wolle. So hieß es am Ende seines Buches: „Eine Realisierung in einem Schritt wäre ein revolutionärer Akt. Die nötigen Verfassungsänderungen könnten aber auch sukzessive durchgesetzt wer-

den.“ (S. 396) und am Anfang entsprechend: „Ich werde zeigen, daß sich mein Traum realisieren läßt. [...] Ist ein neues Demokratiemodell Utopie? Sicherlich ist es nicht realisierbar unter den gegenwärtigen politischen Machtmechanismen. Die etablierten Parteien profitieren von dem bestehenden System und werden es nie in Frage stellen. Bleibt also nur die Revolution? Köpfe müssen rollen für den Sieg? Nein, es gibt ja auch friedliche Revolutionen.“ (S. 4) Er hebt am Beispiel der GRÜNEN hervor, dass mit einer „neuen Partei neue Ziele durchsetzen kann“ (S. 394) In dieser Partei könne man allerdings die Ziele nicht so klar benennen, wie er dies als Buchautor Ende 2011 tat, wo er seine „für richtig erkannten Vorstellungen“ publizieren konnte, „ohne auf jemanden Rücksicht zu nehmen“ (S.5). Dass er nun als Landessprecher seine Vorstellungen nicht mehr so deutlich äußern kann, und dass es in der „harten Realität“ der Parteiarbeit darum geht, sukzessive vorzugehen, zeigt sich in einem Zeitungsinterview, wo er propagiert, zunächst die Direktwahl von Landesministern umzusetzen, um dann die Direktwahl des Bundeskanzlers anzustreben. („Direktwahl des Kanzlers? – Mönchengladbacher AfD-Kandidat Dr. Hermann Behrendt für mehr direkte Demokratie“, URL: <http://www.bz-mg.de/zu-vergangenenwahlen/bundestagswahl-2013/bundestagswahl-2013-afd/direktwahl-des-kanzlers-monchengladbacher-afd-kandidat-dr-hermann-behrendt-fur-mehr-direkte-demokratie.html>)

„Arbeitscheue“, „Ordnungsdienst“ und weiterer „üblicher“ Sprachgebrauch

Es gab zwar keine Antwort von Hermann Behrendt, dafür aber von Dorothe van Suntum, also der Ehefrau des Büro-Kollegen von Professor Dilger. Sie verteidigte Behrendts Ausdrücke „Arbeitscheue“ und „Ordnungsdienst“ als üblichen Sprachgebrauch und seine „angeblichen“ Forderungen als grundgesetzkonform. Darauf stellte Alexander Dilger klar: „Die Abschaffung von Parlament und Streikrecht sind nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.“

Es stellt sich die Frage, warum Dilger dann seinem Parteisprecher „viel Erfolg“ wünscht. Die Konstruktion, zwischen „Privatmeinung“ und politischer Parteiarbeit zu unterscheiden, lässt sich insbesondere bei Behrendt nicht aufrecht erhalten, da er ja eben genau diese Abhängigkeit der Politiker*innen von Partei-Interessen bekämpft.

Zur Sprache: Sowohl die Begriffe „Arbeitsscheue“ als auch „Dienstpflicht“ verbinden sich in Deutschland mit der nationalsozialistischen Politik, insbesondere, wenn die „Dienstpflicht“ dazu dienen soll, einen „Ordnungsdienst“ zu rekrutieren, der bei Demonstrationen eingesetzt werden soll. In meinem Buch vom März 2014 „Sarrazin Correctness. Ideologie

Fußball, Freundschaft, Fackelmärsche

Am 28. März kurz vor sechs Uhr morgens haben mehr als ein Dutzend bewaffnete und verummte Polizisten ein Vereinsheim in der Markersdorfer Straße in Chemnitz gestürmt. Zeitgleich fanden Razzien in 15 Wohnungen statt, um das vom sächsischen Innenministerium erlassene Verbot gegen die Nationalen Sozialisten Chemnitz durchzusetzen. Die Kontakte der Neonazis reichen offenbar bis in die Schweiz.

Bei den Durchsuchungen wurden zahlreiche Beweismittel sichergestellt.

Festgenommen wurde niemand, aber die ermittelnden Beamten kündigten Verfahren wegen Propagandadelikten, Landfriedensbruch und Verstößen gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz an. Noch am selben Tag präsentierten sie Journalisten unzählige Plakate, Tonträger und weiteres Propagandamaterial, aber auch illegale Waffen und die Zaunfahne einer Ultra-Gruppe des Chemnitzer FC.

Konkret geht es dabei um ein Banner von New Society Chemnitz, einer ausdrücklich politisch motivierten Fangruppierung, die auf ihrer Website behauptet Widerstand gegen die angeblich „linksextrême Beeinflussung von Fanszenen, Polizeigewalt und (...) Kommerzialisierung des Fußballsports“ leisten zu wollen. Der Fund ist ein Indiz dafür, dass es personelle Überschneidungen zwischen den Nationalen Sozialisten Chemnitz und New Society gibt. Immerhin gelten Zaunfahnen in der Ultra-Szene als Heiligtümer, die keinesfalls aus der Hand gegeben werden dürfen.

Reisefreudige Rechte

Es liegt nahe, dass die szenintern „NS-Boys“ genannte Fangruppe den Neonazis zur Rekrutierung und Ideologisierung junger Fußballfans dient.

So wurde der Ausflug zu einem Spiel nach Dortmund im Dezember 2012 mit einem Besuch in der Wewelsburg verbunden, die während des Nationalsozialismus zur SS-Kultstätte umgebaut worden war.

Bei einem selbstorganisierten Fußballturnier spielten die Ultras vor einem Solidaritäts-Transparent für Josué Estébanez

de la Hija, der im November 2007 den Antifaschisten Carlos Palomino in der U-Bahn von Madrid ermordet hatte. Und ihr Trikotsponsor bei solchen Anlässen war stets „PC-Records“, ein bekannter Rechtsrock-Versand.

Natürlich besuchen die „NS-Boys“ auch gemeinsam Heim- und Auswärts-spiele ihres Clubs, oder der Vereine von befreundeten Ultra-Gruppen. Besonders enge Kontakte gibt es zu den WK13 Boys bzw. Inferno Cottbus und zu den Blue White Bulldogs vom Grasshopper Club Zürich (GCZ). Die Schweizer wurden noch im letzten Jahr zum Champions League Qualifikations Spiel nach Lyon begleitet. Doch die Chemnitzer unterstützen ihre Züricher Freunde auch schon bei Auswärtsspielen in Basel, Aargau und Salzburg sowie beim Derby gegen den FC Zürich.

Gemeinsam gegen Linke

Im Gegenzug begleiteten einige Blue White Bulldogs ihre Chemnitzer Freunde etwa am 3. März 2012 zum Spiel gegen Babelsberg 03, einen Verein, der für seine links-alternative Fanszene bekannt ist. Auf der Website von New Society prahlten die Chemnitzer kurz darauf mit einem erfolgreichen Angriff auf vermeintliche Gegner, bei dem auch Fanutensilien geraubt wurden und bedankten sich für die Unterstützung aus Zürich und Cottbus.

Übrigens sorgten auch die Cottbusser Ultras im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die rechte Szene ihrer Stadt für Aufsehen. Als im Juni 2012 die „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“

vom Innenministerium in Potsdam verboten wurde, gab es bei William P., dem Vorsänger von Inferno Cottbus, eine Hausdurchsuchung. Die Neonazi-Gruppe, zu der die Behörden den Cottbusser Ultra-Capo rechnen, ist die Erfinderin der sogenannten „Unsterblichen“ Flashmobs. Bei dieser Aktionsform formierten sich bis zu 300 Neonazis mit Fackeln und weißen Masken zu unbewilligten Demonstrationen und lösten sie nach wenigen Minuten wieder auf. Die Aufmärsche wurden mit professionell gemachten Videos dokumentiert und auf neonazistischen Websites und Social Media Plattformen verbreitet.

Alles reiner Zufall?

Die bisher letzten beiden Aktionen dieser Art gab es wiederum in der Schweiz. Ausgerechnet im Kanton Zürich marschierten am 13. Februar 2012 Dutzende mit weißen Masken und Fackeln ausgerüstete Neonazis durch die Straßen von Hombrechtikon. Am 15. Februar diesen Jahres wiederholte sich die Szenerie in Solothurn. Auch hier wurde die Aktion gefilmt und online verbreitet.

Deutsche Neonazis jubelten daraufhin im Internet: „Unsterbliche marschieren durch Judengasse“. Wer die Fackelmärsche organisiert hatte, ist bislang nicht bekannt. Aber die Razzien in Cottbus und Chemnitz haben gezeigt, dass „Unsterbliche“ aus Deutschland seit einiger Zeit Kontakte nach Zürich pflegen.

<http://www.publikative.org/2014/04/01/fussball-freundschaft-fackelmaersche/>
1.4.14)

Björn Resener

<http://antifadoebling.blogspot.de/>



und Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen“ bin ich auf die Korrekturen-Ideologien näher eingegangen, die in der nationalsozialistischen Arbeitspolitik mündeten. Diese Begriffe standen im NS-Regime in einer Beziehung, so mussten u.a. diejenigen als „Arbeits-scheue“ mit einer Einweisung ins KZ rechnen, die ihrer „Dienstpflicht“ nicht nachkamen. Es zeigt sich hier ein weiteres Mal, dass Begrifflichkeiten wie „Arbeits-scheue“, „Ordnungsdienst“, „Bodensatz“, „Entartung“ in einer bestimmten

Denkrichtung der Volkswirtschaftslehre als „normale“ Begrifflichkeiten gelten.

Fazit

In der AfD verläuft der Streit wesentlich nicht zwischen Liberalen und Konservativen, sondern zwischen denjenigen, die langfristig die Demokratie unternehmer-nah abbauen wollen, und den Rechtspopulist*innen, die möglichst schnell den Schulterschluss mit anderen rechtspopulistischen Parteien einfordern. Dass die Führungsriege um Henkel, Adam und

Lucke weniger „rechts“ sei als die Rechtspopulist*innen, ist ein Trugschluss. Wie man sich eine „Reform der politischen Reformfähigkeit“ ausmalen kann, hat Hermann Behrendt in aller Offenheit dargestellt – die Vokabel „Rechtspopulismus“ verharmlost die tatsächliche Absicht, denn das demokratische System soll genau deshalb „reformiert“ werden, weil „unpopuläre“ Ziele (Sozialabbau) angestrebt werden.

A.K. ■

Putin schlägt Swoboda

Europas Faschisten sehen sich gezwungen zu entscheiden, auf wessen Seite sie sich im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine schlagen

Die „Moskautreuer“ und „Russenknechte“ sind auch nicht mehr, was sie einmal waren! Unsererseits wurde vor nicht einmal 25 Jahren, durch die Rechte des (damals auslaufenden) Kalten Krieges, oftmals so bezeichnet und beschimpft. Seitdem hat sich Einiges geändert. Die wichtigste Änderung: Es gibt keinen Systemkonflikt mehr! Zwar gibt es nach wie vor erhebliche machtpolitische Rivalitäten zwischen Russland und den westlichen Großmächten der NATO – heute erheblich stärkere als in den 1990er Jahren, als die post-sowjetische russische Staatsmacht unter dem Trunkenbold Boris Jelzin geschwächt am Boden lag. Doch bilden diese Rivalitäten keinerlei Systemantagonismus mehr ab, sondern widerspiegeln reine (inner)kapitalistische Konkurrenzverhältnisse zwischen Staaten.

Radikal gewandelt hat sich auch die Wahrnehmung der Position Russlands durch viele rechte Kräfte in Europa. „Damals“ – also noch in den 1980er Jahren – wäre als „Vaterlandsverräter“ gebrandmarkt und tunlichst gelyncht worden, wer etwa nach Moskau geflogen wäre und just von dort aus betontes Verständnis für (militär)politische Maßnahmen und expansive Gelüste der ansässigen Staatsmacht verkündet hätte. Heute ist es beispielsweise Marine Le Pen, die ebensolches tut. Am Samstag, den 12. April 2014 wurde die Chefin des französischen Front National (FN) in der Duma, dem dortigen Parlament, mit offenen Armen aufgenommen. Marine Le Pen, die sich bereits im Juni 2013 schon einmal in politischen Angelegenheiten in Moskau aufhielt, wurde dieses Mal durch Parlamentspräsident Sergej Naryschkin empfangen. Beide gaben zusammen eine Pressekonferenz, anlässlich derer Naryschkin die rechtsextreme französische Politikerin zum „guten Abschneiden“ ihrer Partei bei den Kommunalwahlen von Ende März d.J. gratulierte. Marine Le Pen erklärte ihre Unterstützung für die russische Position, die eine „Föderalisierung“ der Ukraine – zum Zwecke der Lockerung der Bindungen der Ostukraine an den Westen des Landes – fordert, und ihre Gegnerschaft zu den angedrohten oder laufenden Sanktionen gegen Russland.

Eine solche Position hätte man vor einem Vierteljahrhundert vom französischen FN, der sich damals als Speerspitze in der antikommunistisch motivierten Positionierung gegen die Sowjetunion verstand, kaum erwartet. Aber, wie gesagt,

die Zeiten haben sich geändert – und es gibt auf dieser Ebene längst keinen Systemgegensatz mehr...

Doch werfen wir einen Blick auf die Hintergründe, und potenziellen Widersprüche, der rechtsextremen Positionierungen in Europa zum Konflikt Ukraine / Russland.

Vorliebe für ukrainische militante Faschisten...

Müssen die eigenen „Kameraden“ höheren Interessen geopfert werden? Etwa einer Form der außenpolitischen „Staatsraison“, selbst wenn man den Staat im Augenblick gar nicht regiert? Das ist die Frage, die sich den Rechtsextremen unterschiedlicher Schattierungen in Europa derzeit stellt, wenn es um den Umgang mit den ukrainischen Nationalisten einerseits, mit der Expansionspolitik des stärkeren Nachbarn Russland andererseits geht.

Im Prinzip würde es zunächst logisch erscheinen, dass die Rechtsextremen diverses Couleur betonte Sympathien für ihre ukrainischen Pendanten empfinden. Deren gesamtgesellschaftlicher Einfluss wird zwar oft übertrieben dargestellt; in Vorwahlumfragen wird den rechtsextremen Kräften in dem Land derzeit ein Stimmenanteil von rund zehn Prozent vorausgesagt, was zwar hoch ist, aber nicht für ihre totale Hegemonie spricht. Allerdings konnten rechtsextreme Aktivisten während der Proteste seit Herbst 2013 und des Umsturzes im Februar dieses Jahres vorübergehend als militante Speerspitze erscheinen. Insofern könnte man glauben, dass die Anhänger nationalistischer Parteien anderswo in Europa sich besonders mit ihnen identifizieren, um sich selbst in die Rolle erfolgreicher „Rebellen“ gegen „das System“ hinein zu fantasieren.

Tatsächlich hat es in der Vergangenheit Kontakte rechter Parteien im übrigen Europa mit Kräften wie der „Pan-Ukrainischen Union Swoboda (Freiheit)“, die 1991 unter dem Namen „Sozial-nationalistische Partei der Ukraine“ gegründet worden war, gegeben. Am 23. November 2009 wurde eine Delegation der Swoboda-Partei am Sitz des französischen Front National, in Nanterre bei Paris, empfangen. Der damalige Parteichef des FN, Jean-Marie Le Pen, und sein damaliger Vizepräsident Bruno Gollnisch trafen bei dieser Gelegenheit mit dem Swoboda-Vorsitzenden Oleg Tyahnybok und seinem „Beauftragten für internationale Angelegenheiten“ Taras Osaulenko zusammen. Beide Seiten unterzeichneten ein

Protokoll für die künftige verstärkte Kooperation. Die Zusammenkunft wurde in den französischen Medien, unter Verweis besonders auf antisemitische Tendenzen bei Swoboda, auf negative Weise hervorgehoben. Später hörte man allerdings nicht mehr viel von dieser Zusammenarbeit. Dies hängt wohl auch damit zusammen, dass die Partei, die die bei Neonazis beliebte „Wolfsangel“ als ihr Symbol benutzt, gegen internationale jüdische Pilgerfahrten in die Ukraine demonstrierte und 2012 gegen die Gay Pride-Parade mobil machte, aus Sicht der vor drei Jahren angetretenen neuen FN-Chefin Marine Le Pen nicht „vorzeigbar“ genug erschien. Im Unterschied zu ihrem Vater achtet sie stärker auf die Natur ihrer Kontakte und deren Außenwirkung.

Zum Zeitpunkt der Reise nach Frankreich war Swoboda noch eine relativ bedeutungslose Kleinpartei, obwohl sie über einige lokale bei den Parlamentswahlen 2007 hatte sie in der Gesamtukraine nur durchschnittlich 0,76 Prozent der Stimmen erhalten. Ihren stärksten Durchbruch feierte die Partei erst bei den Parlamentswahlen im Oktober 2012, mit 10,44 Prozent der abgegebenen Stimmen. Heute muss sie jedoch wieder um ihren Platz fürchten, obwohl Swoboda derzeit Minister und den Generalstaatsanwalt stellt. Denn der extremere auftretende „Rechte Sektor“ (Pravyy Sektor) – dessen Militante durch die Behörden am 1. April aus dem Hotel Dnipro im Zentrum der Hauptstadt Kiew vertrieben wurden, wo sie sich seit Umsturz festgesetzt hatten – droht ihr den Rang abzulaufen, und die Wahlabsichten für Swoboda gingen auf vier Prozent zurück. Der „Rechte Sektor“ hat die Konkurrenz überholt.

Auch zu ihm halten manche Rechtsextremen auf dem europäischen Kontinent in jüngerer Zeit Kontakt. In einer Presseerklärung der Jugendorganisation der deutschen NPD, der Jungen Nationaldemokraten (JN), zu ihrem „Europakongress“ von Ende März 2014 heißt es etwa: „Absagen mussten im Vorfeld lediglich der Rechte Sektor aus der Ukraine wegen Ausreiseverboten sowie die Goldene Morgenröte aus Griechenland, die sich wegen erneuter staatlicher Repression entschuldigte.“

Aber eine solche Bündnisorientierung ist im Augenblick unter den Rechtsextremen in den Kernländern der Europäischen Union weitaus eher die Ausnahme denn die Regel. Denn die deutliche Mehrzahl der Rechtsextremen etwa in Frank-

reich und den deutschsprachigen Ländern möchte von einer Ausrichtung auf ukrainische Ultrationalisten, die im Kriegsfall gegen russische Truppen kämpfen würden oder bereits in den letzten Wochen in der Ostukraine in militante Auseinandersetzungen mit pro-russischen Demonstranten verwickelt waren, heute nichts wissen.

...oder für Väterchen Wladimir-der-Schreckliche?

Aus ihrer Sicht gilt es nämlich, auf einen viel interessanteren, tatsächlichen oder erträumten Bündnispartner Rücksicht zu nehmen. Schwärmen doch viele von ihnen für Russlands Präsidenten Wladimir Putin. Dafür gibt es mehrere Gründe: Putin steht für ein autoritäres Regime, für Repression gegen aufmüpfige Schwulen und Lesben, für eine restriktive Einwanderungspolitik gegenüber Muslimen aus dem Kaukasus und Zentralasien und ein hartes militärisches Vorgehen in Tschetschenien. Vor allem aber steht er aus rechter Sicht für eine „selbstbewusste Nation“, die den USA nicht nachgibt, sondern deren Präsident auf den Tisch haut und international Ansprüche meldet – sei es, um ein befreundetes Folterregime in Syrien zu schützen, das unter europäischen Rechten meist positiv betrachtet wird, oder sei es gegen eine Ausdehnung des US-Raketenschirms.

Marine Le Pen, die am 19. November 2011 bei der Verkündung ihres Programms für die Präsidentschaftswahl von vor zwei Jahren im außenpolitischen Teil verkündete, auch anderswo als in Russland benötige man „einen Putin“, fügte noch einen weiteren Aspekt hinzu. Nämlich den Rohstoffreichtum Russlands, aufgrund dessen es sich Europa mit einer geeigneten Bündnispolitik leisten könnte, sich stärker von den USA abzukoppeln. Aber auch von Ländern im bisherigen kolonialen oder post- und neokolonialen Einflussbereich Frankreichs, etwa in Afrika – da erwartet wird, dass sich die Beziehungen dorthin durch die vom FN geforderte, drastisch verschärfte Einwanderungspolitik verschlechtern würden. Russland könnte dann an ihre Stelle als Rohstofflieferant treten. Allerdings ist ihm damit keine besonders dankbare Rolle als „Partner“ zugeordnet.

Heute ist beim Front National deswegen die ukrainische Rechte als Bündnispartner definitiv abgemeldet. Man könnte glauben, etwa Freunde der Sowjetunion, Parteikommunistischen oder eingefleischte Pazifisten aus den Tagen des Kalten Kriegs zwischen NATO und UdSSR zuzuhören, wenn man Äußerungen führender FN-Funktionäre vernimmt. So lange der Kalte Krieg dauerte, war der FN zwar auf einer scharf anti-sowjetischen Linie, und Jean-Marie Le Pen verglich sich in den 1980er Jahren noch bevorzugt mit Ronald Reagan. Doch heute

erklärt FN-Vizepräsident Florian Philippot im Radio (am 20. März 14 beim Sender ‚France Inter‘) leicht verdruckt, man dürfe „kein Schwarz-Weiß-Weltbild“ pflegen und „die Russen“ seien „nicht immer die Bösen“, während Marine Le Pen gegen das Einfrieren französischer Rüstungslieferungen nach Russland wettert – diese kosteten Arbeitsplätze im Flugzeugbau und bei den Werften. Solche Positionen werden nicht nur vom FN geteilt. Ein Kommuniqué aus der „identitären Bewegung“ vom 20. März d.J. trug den Titel „Nato go home!“ und belehrte seine Leser, die USA versuchten, durch das Stiften von Unruhe in der Ukraine Europa künstlich von Russland abzuspalten. Stattdessen gelte es, „Europa den Europäern“ zu überlassen. Am 14. März 14 hatten militante Neonazis um Thierry Maillard in den Straßen von Reims für dieselben Vorstellungen demonstriert.

Rechtsextreme „Wahlbeobachter“, die nichts beobachten

Als am 16. März 14 die eilig anberaumte, angeblich freie Volksabstimmung auf der Halbinsel Krim über die Angliederung an Russland – unter dem Schutz von 20 000 russischen Soldaten und ungezählten Milizionären – stattfand, hatte auch der französische FN einen Beobachter vor Ort.

Während die Einreise auf die Krim für neutrale Beobachter unmöglich war und alle Zufahrtswege kontrolliert wurden, weilte der selbsternannte „Geopolitiker“ Aymeric Chauprade vor Ort. Er ist ansonsten „Sonderberater“ Marine Le Pen für internationale Angelegenheiten, und wird in der Pariser Wahlregion als Spitzenkandidat des FN zu den Europaparlamentswahlen vom 25. Mai 14 antreten. Chauprade wurde zunächst sogar als offizieller Repräsentant und Wahlbeobachter des französischen FN vorgestellt, doch aufgrund des kritischen Medienechos ruderte die Parteiführung zurück und stellte die Mission Chauprades nunmehr als dessen private Reise „in beruflichen Angelegenheiten, als Experte für Geopolitik“ dar. Angehörige der französischen traditionellen Linken, von denen einige – trotz längst erfolgten kapitalistischen Systemwechsels in Moskau – aus sowjetischen Zeiten noch einen pro-russischen Blickwinkel beibehalten haben, sollten dem Vernehmen nach ursprünglich ebenfalls auf die Krim reisen. Nachdem sie vom Aufenthalt Chauprades dort Kenntnis erhielten, zogen sie sich allesamt zurück und annullierten ihre Reisepläne ersatzlos. (Auch der belgische „Nationalbolshewist“ Luc Michel war dort mit seinem „Eurasischen Observatorium“ zugegen, neben Freundchen Chauprade.)

Deutschsprachige extreme Rechte

Auch die österreichische „Freiheitliche Partei“ war an der Seite Chauprades auf

die Krim eingeladen worden, schlug dieses Angebot jedoch aus. Insgesamt hält die FPÖ sich zum Konflikt zwischen der Ukraine und Russland weitgehend bedeckt, doch in den letzten Jahren nahm sie – vor dem Umbruch in Kiew vom Februar – eher russlandkritische Positionen ein. Dies hängt sicherlich auch mit dem geographischen Umfeld Österreichs im nahen Osteuropa zusammen, wo man aufgrund der Position der UdSSR als Hegemon zwischen 1945 und 1990 eher antirussische Einstellungen pflegt. Deutlich pro-russische Positionierungen wären deswegen beim Publikum der FPÖ und ihren regionalen Verbündeten, wie der „Slowakischen Nationalpartei“, eher unpopulär. Vor anderthalb Jahren warnte der EU-Parlamentarier der FPÖ Andreas Mölzer, der auch Mitglied im Ukraine-Ausschuss des Europäischen Parlaments ist, noch: „Brüssel muss aufpassen, dass sich Kiew nicht Russland zuwendet.“ Im aktuellen Konflikt sorgt die FPÖ sich in ihren Presseaussendungen allerdings vor allem um „das Schicksal der 33 000 Altösterreicher in der Ukraine“ und erteilt dem „Rat der Deutschen in der Ukraine“ das Wort.

Bei Rechtsextremen in Deutschland wird dagegen eher eine pro-russische Position, die denen des französischen FN ähnelt, vertreten. Markus Wiener, Generalsekretär von ‚pro NRW‘, verlautbarte etwa am 29. Januar 2014, seine Formation verurteile „die heuchlerische Hetze gegen Putin“. Anlass waren damals noch nicht die Umbrüche in der Ukraine – welche zu dem Zeitpunkt erst noch bevorstanden –, sondern der Streit um die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Sotschi. Wiener von ‚Pro NRW‘ dazu: „All das, was die etablierten Parteien in Deutschland und der EU selbst im Überfluss praktizieren, werfen sie nun heuchlerisch dem russischen Präsidenten Putin vor. Wenn man als deutscher Politiker heutzutage etwas gegen politisch instrumentalisierte Staatsanwaltschaften zur Oppositionellenverfolgung, gegen manipulierende Medien oder sonstige Beeinträchtigungen des fairen demokratischen Wettbewerbs unternehmen möchte, dann sollte damit am besten hierzulande angefangen werden.“ Am 25. Februar 2014 wandte Wiener sich gegen die Vorstellung einer Unterstützung der Europäischen Union für die Ukraine, wo soeben der Machtwechsel stattgefunden hatte: „Die Ukraine als neuer EU-Kostgänger wäre ein Super-Griechenland!“

Trotz der Kontakte ihrer Jugendorganisation JN zum ukrainischen „Rechten Sektor“ tendiert auch die deutsche NPD mehrheitlich in diese Richtung. Ex-Parteichef Udo Voigt tönte etwa Ende März, die USA missachteten den Willen der Übergroßen Mehrheit der Krimbewohner, zu Russland zu gehören, und wollten „die Ukrainer gegen die Russen hetzen“, um

Mehr Abschiebungen im Jahr 2013

Im Verlauf des Jahres 2013 wurden 10.197 Menschen aus Deutschland abgeschoben, davon 7289 (71,5 %) mit dem Flugzeug und 2908 (28,5 %) auf dem Landweg. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken hervor (BT-Drs. 18/782), die Mitte März veröffentlicht wurde. Die Zahl der Abschiebungen ist im Vergleich zum Vorjahr 2012 (7651 Fälle) stark gestiegen (vgl. Ausgabe 3/13) und hat den höchsten Wert seit 2006 (13 894 Fälle) erreicht. Abschiebungen werden bei abgelehnten Asylbewerbern, die eine Ausreise verweigern, sowie bei ausländischen Staatsbürgern ohne bzw. nicht mehr gültigen Aufenthaltspapieren angeordnet. Am häufigsten wurden 2013 Staatsangehörige der Russischen Föderation (2100), Serbiens (2017), des Kosovo (846), Mazedoniens (760) und der Türkei (346) abgeschoben. Mehrere Fluggesellschaften wurden mit Zwangsgeldern in Höhe von insgesamt 2,6 Mio. Euro belegt, da sie Personen ohne Einreisepapiere nach Deutschland befördert hatten.

Quelle: <http://www.migration-info.de>
03.04. 2014 ■

Spanien: Einsatz von Gummigeschossen verboten

Das spanische Innenministerium hat den Einsatz von Gummigeschossen zur Abwehr von Flüchtlingen generell verboten, nachdem Anfang Februar 15 Flüchtlinge beim Einsatz von Gummigeschossen und Platzpatronen vor dem Strand der spanischen Exklave Ceuta (Nordafrika) im Meer ertrunken waren (vgl. Ausgabe 2/14). Der auf Videos dokumentierte Vorfall hatte nach widersprüchlichen Aussagen von Regierungsvertretern der Spanischen Volkspartei (Konservative) sowie Rücktrittsforderungen durch die Oppositionspartei PSOE (Sozialdemokraten) politische Spannungen ausgelöst. Bei einem Krisentreffen forderten die Regierung-

sie „dann doch im Stich“ zu lassen. Er fügte hinzu: „Deutsche müssten doch eigentlich wissen, dass der Volkswille die USA und ihre Helfershelfer noch nie interessiert haben. Zur Erinnerung: Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 verfügte u.a. völkerrechtswidrige Gebietsabtretungen an Polen.“ Aus seiner Sicht erscheint die Abtrennung der Krim von der Ukraine allerdings wohl nicht als solche, sondern erweckt heimelige Erinnerungen an den „Anschluss“ oder die Sudetenkrise. – Unterdessen konnte ein NPD-Mitglied, Karl Richter, auch bei einer angeblichen „Friedens“-demonstration in Mün-

chens von Ceuta und Melilla die spanische Regierung auf, die in den überfüllten Lagern internierten Migranten nach Spanien zu überführen. Spaniens Regierung plant derzeit Gesetzesänderungen, um den Abschluss eines Abkommens mit Marokko voranzutreiben. Demnach soll die sofortige Abschiebung von Migranten erleichtert werden. Dabei ist umstritten, ob die Praxis gegen geltendes EU-Recht verstößt (vgl. Ausgabe 5/13, 3/13, 3/12).

<http://www.migration-info.de> ■

Willkommenskultur selber machen!

„Refugees Welcome. Gemeinsam Willkommenskultur gestalten“ – das ist der Titel einer neuen Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL, die anhand von zahlreichen guten Beispielen aufzeigt, was lokale Initiativen tun können, um Flüchtlinge Willkommen zu heißen.

Die Zahl der Asylsuchenden ist im Vergleich zu Mitte der 2000er Jahre deutlich gestiegen. Da die Bundesländer und einzelne Landkreise in den letzten Jahren ihre UnterbringungsKapazitäten für Asylsuchende konsequent abgebaut haben, werden nun an vielen Orten neue Sammelunterkünfte eröffnet. Oft wird dies von vorurteilsbehafteten Protesten der Anwohnerinnen und Anwohner begleitet. Die NPD und andere rechtsextreme Gruppen nutzen diese für rassistische Stimmungsmache gegen Flüchtlinge.

Aber nicht alle Bürgerinnen und Bürger lehnen die neuen Einwohnerinnen und Einwohner ab. Im Gegenteil: Fast überall bilden sich lokale Initiativen aus der Zivilgesellschaft, die versuchen, die neuankommenden Flüchtlinge zu unterstützen und zu integrieren. Kommunen versuchen Konzepte, von Willkommenskultur zu entwickeln und umzusetzen.

Die Broschüre „Refugees Welcome. Gemeinsam Willkommenskultur gestalten“ der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL gibt ermutigende Beispiele und Hinweise für Engagierte, Vereine, Sport, Schule, Politik und Verwaltung zur

chen das Wort ergreifen; vgl. dazu <http://www.heise.de/tp/news/Rechte-demonstrieren-fuer-Putin-2160035.html>

Auch die rechtsintellektuelle Wochenzeitung Junge Freiheit sieht es ähnlich. Sie insistiert darauf, dass „Beziehungen zu Russland essentiell sind für eine deutsche Außenpolitik mit Handlungsspielraum zur Wahrung eigener Interessen. Im fremden Auftrag in sensiblen Staaten wie der Ukraine herumzupfuschen, ohne Russland auf der Rechnung zu haben, ist fahrlässig und dumm, besonders wenn dieses Russland weiß, wozu Armeen wirklich da sind: Nicht zum Brunnenbohren, sondern als

Integration von Geflüchteten und versucht, Initiativen zum Engagement für den Schutz von Flüchtlingen vor rechten Angriffen anzuregen.

Die Broschüre erscheint zusammen mit zwei ergänzenden Publikationen zum Thema: Mit der Broschüre „Pro Menschenrechte – Contra Vorurteile“, die Fakten und Argumente zur Debatte über Flüchtlinge in Deutschland und Europa enthält, und mit der Broschüre „Die Brandstifter“, die die Strategien rechtsextremer Hetze gegen Flüchtlinge in den Blick nimmt.

Quelle: <http://www.proasyl.de> ■

„Lampedusa in Hamburg“ und ihre Berufe: das Projekt

„Die Menschen der Gruppe ‘Lampedusa in Hamburg’ haben alle in Libyen gearbeitet, viele von ihnen haben Ausbildungen in ihren Herkunftsländern gemacht. Sie wollen anknüpfen an ihr Leben vor dem Krieg, arbeiten, ihre Familien versorgen, sich beruflich weiter entwickeln. Sie wollen endlich wieder ihr Leben selbst bestimmen können. Nicht nur Solidarität und Unterstützung zum Überleben von anderen bekommen, sondern etwas zurückgeben in die Gesellschaft, in der sie sich heute verorten. So, wie sie es sehen. (...) Ihr Arbeitsrecht für Italien muss umgewandelt werden in ein EU-weites Arbeitsrecht, denn was nützt ein Arbeitsrecht dort, wo es aufgrund der Krise keine Arbeit gibt. Deshalb versuchen wir zusammen mit diesem Projekt durch Interviews und Fotos sichtbar zu machen, wer sie sind, welche beruflichen Erfahrungen sie mitbringen und welche Potentiale sie weiter entwickeln wollen... wir suchen Möglichkeiten, die Menschen in ihrem Beruf zu fotografieren. Erste Beispiele sind bereits auf dem blog <http://lampedusa-in-hamburg-professions.blogspot.de/2014/03/lampedusa-in-hamburg-und-ihre-berufe.html> – weitere werden folgen. Das ganze Projekt wird dann als Wanderausstellung zusammen mit den Kriegsflüchtlingen auf Reisen gehen...“

Quelle: <http://lampedusa-in-hamburg-professions.blogspot.de> 25.03.2014 ■

Mittel der Politik zur gezielten Durchsetzung nationaler Interessen.“

Heftigen Streit gab es dagegen auf dem jüngsten Parteitag der Alternative zu Deutschland (AfD) am 22./23. März 14 in Erfurt, wo Anhänger einer härteren Gangart eines geschlossenen westlichen Blocks gegen Russland denen einer Annäherung an Russland im Sinne einer Bismarck'schen Schaukelpolitik entgegenstanden. Ihr Konflikt konnte, wie andere Richtungsstreitigkeiten bei der AfD, vorläufig nur durch Formelkompromisse überdeckt werden.

B.S. ■

Demo für Lampedusa-Flüchtlinge in Frankfurt

Etwa 300 Menschen demonstrieren in der Frankfurter Innenstadt für eine neue Flüchtlingspolitik der Europäischen Union. Anlass ist die Flüchtlingskatastrophe vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa. Dort ertranken im Oktober 364 Menschen. Besonders setzen sich die Demonstranten für 300 Flüchtlinge ein, die in Hamburg auf Asyl hoffen.

Die Demonstration am 17.3. fand mit ca. 300 Personen statt, davon die meisten Betroffene aus Eritrea und Somalia. Der Zug bewegte sich von der Kaiserstraße vor dem Hauptbahnhof zum Opernplatz und der in der Nähe liegenden Italienischen Botschaft.

Schluss mit den Dublin-Verordnungen! Solidarität mit den Flüchtlingen in Europa! Das waren die Hauptforderungen, die gestellt wurden. Die Flüchtlinge verlangten ein Bleiberecht in Deutschland und forderten sowohl die deutsche Regierung als auch die italienische Regierung auf, sich für verbesserte Lebensbedingungen und menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen in Italien und anderen Grenzländern der EU, vor allem Ungarn, Polen, Zypern und Bulgarien einzusetzen.

Dublin II und III sind Verordnungen, die die Zuständigkeit für Asylverfahren zwischen den europäischen Mitgliedstaaten verteilen. Asylanträge von Asylsuchenden, die über Italien in die EU eingereist sind, finden dadurch in Deutschland keine Beachtung. Ohne Anhörung ihrer Fluchtgründe sind die Asylsuchenden täglich von Abschiebung bedroht. In Italien jedoch sind die Lebensbedingungen für viele Asylsuchende unzumutbar, sie leben auf der Straße und bekommen keine finanzielle Unterstützung.

Quelle: <http://www.internationales-zentrum-friedberg.de> ■

Weltgesundheitsstag 2014: Medizinversorgung für alle

Pressekonferenz „Für eine reguläre Gesundheitsversorgung aller Menschen – unabhängig vom Aufenthaltsstatus“

Die medizinische Versorgung nicht krankenversicherter Migrantinnen und Migranten stellt das deutsche Gesundheitswesen vor große Probleme und bereitet den Beschäftigten im Gesundheitswesen sehr ernste Sorge. Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus, aber auch Bürgerinnen und Bürger aus den neuen EU-Ländern und Flüchtlinge im Asylverfahren oder mit Duldung haben keinen regulären Zugang zur Gesundheitsversorgung. Die Folge: Behandelbare Erkrankungen entwickeln sich zu Notfällen, die vermeidbar gewesen wären. Das ist ein Skandal.

Den Tag der Weltgesundheits am 7.4.2014 werden wir zum Anlass nehmen,

auf dieses Problem aufmerksam zu machen. Im Rahmen einer öffentlichen Pressekonferenz wollen wir dem Bundesminister für Gesundheit, Hermann Gröhe, den Aufruf „Für eine reguläre Gesundheitsversorgung aller Menschen – unabhängig vom Aufenthaltsstatus“ übergeben.

Dem Aufruf „Für eine reguläre Gesundheitsversorgung aller Menschen – unabhängig vom Aufenthaltsstatus!“ (unter http://www.medibuero.de/de/News/Weltgesundheitsstag_7-April_Uebergabe_Aufruf_fuer_Gesundheitsversorgung.html) haben sich über 60 Organisationen und über 400 Einzelpersonen aus dem Gesundheitswesen, Politik und Wissenschaft sowie von antirassistischen und flüchtlingspolitischen Initiativen angeschlossen. Zu den Unterzeichner_innen zählen zahlreiche Professorinnen und Professoren, Chefärzt_innen, der Präsident der Bundesärztekammer Herr Prof. Montgomery und der Präsident der Berliner Ärztekammer Herr Dr. Jonitz sowie viele im Gesundheitswesen Tätige.

Quelle: <http://www.medibuero.de> 05.04.2014 ■

Asylsuchende im Fadenkreuz der Bundespolizei

„Bei anlasslosen Personenkontrollen durch die Bundespolizei geraten vor allem Menschen ins Fadenkreuz, die in Deutschland oder anderen EU-Staaten Asyl suchen“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (BT-Drs 18/709). Jelpke weiter:

„Im Rahmen der Europäischen Polizeioperation Perkunas, mit der EU-weit nach Migranten ohne Aufenthaltspapiere gefahndet wurde, stellte die Bundespolizei in der Zeit vom 30. September bis zum 13. Oktober 2013 1606 Personen ohne Einreise- oder Aufenthaltserlaubnis fest. 715 (44,6 Prozent) dieser Menschen stellen nach Angaben der Bundesregierung bei oder nach der Kontrolle einen Antrag auf Asyl. 746 (46 Prozent) gaben an, auf der Durchreise in einen anderen EU-Staat zu sein. Die festgestellten Personen stammten aus den aktuellen Hauptkunfts ländern von Asylsuchenden in Deutschland, allen voran Syrien (520). Im gesamten Jahr 2013 wurden im Inland etwa 377 000 anlasslose Personenkontrollen durch die Bundespolizei durchgeführt. Dabei wurde in 25 000 Fällen ein Verdacht auf illegalen Aufenthalt oder illegale Einreise festgestellt.“

Auf ihrer Ein- oder Durchreise werden diese schutzsuchenden Menschen durch die Kontrollen und Anzeigen der Bundespolizei kriminalisiert. Es droht Inhaftierung, bevor die Betroffenen die Möglichkeit hatten, einen Asylantrag zu stellen. In der Folge kommt es zur Inhaftierung

Asylsuchender – ein klarer Verstoß gegen Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention. Die Kontrollen führen zu racial profiling und zur Kriminalisierung von Asylsuchenden. Sie müssen endlich abgeschafft werden.“

Quelle: *Pressemitteilung*
<http://www.ulla-jelpke.de> 28.03.2014 ■

Recherchen am Rande Belgrads

Sommer 2013, Serbien. Anwält/innen, Aktivist/innen, Journalist/innen und eine Ärztin aus Bremen, Berlin, Göttingen, Köln, Brüssel und Luxemburg besuchen abgeschobene Roma. Wie sieht der Alltag der Menschen aus, wie verdienen sie das zum Leben Nötige, wo schlafen sie, wovon haben sie Angst und wovon träumen sie?

Die Recherchen führen in informelle Siedlungen und Container-Dörfer am Rande Belgrads, in Roma-Viertel im südserbischen Vranje und Bujanovac, in Häuser im Bergort Pirot und nach Niš.

Gespräche mit Roma und Nicht-Roma, VertreterInnen von NGOs, Behörden und Menschenrechts-Gruppen. Vielen, die nicht wissen, was sie die nächsten Tag essen sollen, wie sie die ärztliche Behandlung ihrer Kinder bezahlen sollen oder ob sie den nächsten rassistischen Angriff überleben. Und viele, die nicht wissen, was sie überhaupt in Serbien sollen: weil sie sich in Deutschland zu Hause fühlen.

Der Bericht ist unter http://www.alle-bleiben.info/wp-content/uploads/2014/03/serbien_2013_web.pdf zu lesen und herunter zu laden.

Oder er kann in gedruckter Form bestellt werden. 126 Seiten, 60 Fotos, Eigenverlag. Spendet so viel ihr wollt / mindestens 5 Euro (Aufwand Porto, Verpackung). Kontakt:

Quelle: www.alle-bleiben.info 3.04.2014 ■

Roma vor Diskriminierung und Rassismus schützen

„Zum Schutz der Roma vor Diskriminierung und Rassismus gehört der Schutz vor Abschiebung in Länder, in denen ihre Rechte und ihre Würde permanent verletzt werden“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum 43. weltweiten Tag der Roma am 8. April. Jelpke weiter:

„Europaweit – auch in Deutschland – sind Roma Opfer von Antiziganismus. Vorurteile gegen Sinti und Roma sind weit verbreitet, die Mehrheit der Deutschen will keine Roma als Nachbarn. Selbst scheinbar seriöse Medien greifen bereitwillig Schauergeschichten über Kindesraub auf. Es reicht also nicht, mit dem Finger auf die Staaten Ost- und Südosteuropas zu zeigen, in denen Diskriminierung und Ausgrenzung zu Verelendung

und existenzieller Not der Roma führen.

Aus der Bundesrepublik werden immer wieder Menschen in genau diese Verhältnisse zurückgeschickt. Sie werden auch nach jahrelangem Aufenthalt in Deutschland in den Kosovo oder nach Serbien abgeschoben. Diese Politik der Abschottung gegenüber Roma-Flüchtlingen will die Bundesregierung jetzt noch verschärfen, indem Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien per Gesetz zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Asylanträge von Bürgern dieser Staaten gelten dann als offensichtlich unbegründet. Dabei ignorieren die Behörden in Deutschland schon jetzt systematisch die existenzbedrohliche Diskriminierung von Roma in diesen Ländern.

Hier ist eine Kehrtwende gefordert: An die Stelle der Ablehnung von Asylanträgen in Kurzverfahren muss eine intensive und großzügige Prüfung treten. Niemand darf in Verhältnisse abgeschoben werden, in denen Leben und Würde permanent in Gefahr sind. Die Bundesregierung muss ihren Gesetzentwurf schleunigst zurückziehen und für eine geänderte Asylpraxis beim zuständigen Bundesamt sorgen.“

Quelle: Pressemitteilung

<http://www.ulla-jelpke.de> 07.04.2014 ■

Bremen: 5. Balkan Cinema Fokus Roma

Internationale Filmproduktionen und Vorträge zum Thema Südosteuropa mit dem Fokus auf die Situation der Roma. In diesem Jahr sind es Dokumentar- und Spielfilme aus Rumänien, Ungarn, Tschechien/ Slowakei. Dazu gibt es zwei Vorträge und Gäste aus Serbien und Rumänien.

Eröffnet wird die Reihe am 24. April im City46 mit der Spielfilm-Premiere „My Dog Killer“ (2013, OmU, Oscar – Beitrag 2014) über Rassismus in der Slowakei. 20 Uhr: Begrüßung durch Libuse Cerna,

Vorsitzende des Bremer Rat für Integration; 20:15 Uhr My Dog Killer.

Im auf der Berlinale ausgezeichneten ungarischen Spielfilm „Just The Wind“ thematisiert der Regisseur Bence Fliegauf die tödlichen Angriffe auf eine Roma-Familie in Ungarn (2013, OmU, ab 26.4.). Regisseur Mihai Andrei Leaha stellt seine Dokumentation „Valley of Sighs“ persönlich vor, in der er die überlebenden Roma in Transnistrien/ Moldawien aufsucht, die vor 70 Jahren aus Rumänien dorthin deportiert wurden (2013, OmU, 29.4.). Anschließend Diskussion mit dem Regisseur.

Am 5. Mai berichtet Rena Rädle aus Belgrad über „Kontinuitäten von Stigmatisierung der Roma in Serbien“ (Stadtbibliothek Bremen) und am 7.

Mai laden wir zur Diskussion über „Perspektiven des Widerstands“ anhand der Bleiberechtskämpfe der Roma in

Deutschland ein. Dazu zeigen wir die Dokumentation „Gelem, Gelem“ (Kultur im Bunker, Bremen).

Politischer Hintergrund ist das Ende des „Winterabschiebestopps“ für Flüchtlinge aus Balkanstaaten und der Plan der Bundesregierung einige dieser Staaten gesetzlich als „sicher“ einzustufen und damit Asylanträge zukünftig als unbegründet ablehnen zu können – trotz dort nach wie vor existierender struktureller Diskriminierung von Roma.

Alle Programmdetails und Infos zu den Filmen findet Ihr unter www.balkancinema.de; Balkan Cinema findet statt im City46, Kultur im Bunker, Stadtbibliothek Bremen. Eine Veranstaltung von Terra Nostra e.V. in Kooperation mit dem City46, Flüchtlingsrat Bremen, Rosa Luxemburg Initiative und unterstützt von vielen mehr.

Quelle: Flüchtlingsrat Bremen
07.04.2014 ■

Erfurt: Abschiebung ohne Vorwarnung mit Protest

Am Dienstag, den 8. April wird eine Mutter mit ihren beiden Kindern mitten in Erfurt von einem großen Polizeiaufgebot aus ihrem Alltag gerissen und nach Mazedonien deportiert. Um 14.00 Uhr verschafften sich zivil gekleidete BeamtInnen Zugang zur Wohnung von Elvira D.. Sie zwangen die junge Mutter dazu innerhalb einer Stunde das Nötigste zusammen zu packen. Ihre zwei neun- und zehnjährigen Töchter durften selbst keine Sachen einpacken. Sie wurden von einer zweiten Polizeigruppe unter den Augen ihrer MitschülerInnen aus der Johannesschule Erfurt weg geholt. Darauf angesprochen, sahen die LehrerInnen der Grundschule auch kein Problem darin, dass Kinder einfach so von uniformierten BeamtInnen mitgenommen werden.

Diese traumatischen Erlebnisse wiederholen sich Tag für Tag in Deutschland und dennoch zeigt die Abschiebung unserer Freundin Elvira und ihren Töchtern und Riana und Elmedina, dass deutsche Behörden ihren Deportationsapparat immer effizienter machen. Innerhalb von einer Stunde war alles vorbei. Spontaner Protest vor der Wohnung der Familie wurde durch fünf unmittelbar herbeigerufene Polizeifahrzeuge im Keim erstickt. Deshalb gab es um 18.00 Uhr eine spontane Demonstration in der Erfurter Innenstadt, bei welcher lautstark gegen die Abschiebung protestiert wurde.

Die Familie wurde heute noch direkt zum Flughafen Halle – Leipzig verschleppt und dort in einen Linienflug von Austrian Airlines nach Skopje mit Zwischenlandung in Wien gesteckt. Dieses Vorgehen ist umso erschreckender, weil niemand darauf eingestellt sein konnte. Von der Erfurter Ausländerbehörde gab es

keinerlei Ankündigung der Abschiebung, für die das Thüringer Landesverwaltungsamt in Weimar verantwortlich ist.

Gleichzeitig fand heute eine von mehreren Bundesländern koordinierte Sammelabschiebung von mehrheitlich Roma aus Hannover nach Skopje statt. Damit zeigen die zuständigen MitarbeiterInnen am heutigen internationalen Tag der Roma, was sie von diesen Menschen halten. gez.

Unterstützer_innenkreis Elvira, Riana, Elmedina

*Quelle: bruderbecks@systemausfall.org
08.04.2014 ■*

Sammel-Rückführung nach Serbien

Kaum dass der Winterabschiebestopp für Menschen aus dem Westbalkan ausläuft, planen die Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern für den 8. April einen Charterflug zur Sammelrückführung von ausreisepflichtigen Personen aus Serbien. Die Mehrheit der von dieser aufenthaltsbeendenden Maßnahme Betroffenen sind Roma. Flüchtlingsrat und der Landesverband der Sinti und Roma Schleswig-Holstein protestieren gegen diese Rückführung von Roma-Flüchtlingen nach Serbien. /“Es herrscht eklatanter Mangel an sauberen Unterkünften, fließendem Wasser, Strom, Ausbildung, Arbeit, Essen und medizinischer Versorgung.“ /erklärt Matthäus Weiß, Vorsitzender des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma in Schleswig-Holstein. /“Rückkehrer erwartet systematische/ /Verelendung, Alphabetismus und Ghettoisierung.“ / /“Roma haben keine Lobby. Mit dem Rückhalt der Mehrheitsbevölkerung und Duldung der Regierung, organisieren rassistische Gruppen Aufmärsche und Pogrome: Häuser und Hütten werden angezündet, sie werden lokal vertrieben, die Täter werden nicht zur Rechenschaft gezogen.“ / schildert Martin Link die Diskriminierungs- und Verfolgungsrealität von Roma in Serbien. /“Bei versuchten Grenzübertritten nach Westeuropa werden Roma trotz Visumsfreiheit nicht durch gelassen.“ / Flüchtlingsrat und Landesverband fordern: Vor dem Hintergrund, dass ihnen lückenlose Berichte zur Situation vor Ort vorliegen, sollten EU und Bundesregierung – anstatt Roma nach Serbien oder anderenorts zurückzuschicken – sich endlich ernsthaft für die Einhaltung der Menschenrechte der Roma in den sogenannten Westbalkanstaaten einsetzen. Staaten, die Menschenrechte missachten, dürfen nicht – wie von der Bundesregierung aktuell mit einem Gesetzentwurf betrieben – zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt werden. Roma, die vor Verfolgung fliehen, muss Schutz nach der „Genfer Flüchtlingskonvention“ zustehen. Wer nicht

will, dass Roma weiter fliehen müssen, muss sich für ihren uneingeschränkten Zugang zu Bildung, Arbeit und zum Gesundheitssystem in ihren Herkunftsländern und für die nachhaltige Durchsetzung ihrer politischen Teilhabe verwenden. gez. Martin Link, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., <http://www.frsh.de>
gez. Matthäus Weiß, Verband Deutscher Sinti und Roma e.V. – LV Schleswig-Holstein

*Quelle: Gemeinsame Presseerklärung
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.,
Landesverband Deutscher Sinti und
Roma Schleswig-Holstein e.V.
03.04.2014 ■*

Zunehmende Gewalt gegen Roma in Europa

Neuer Bericht dokumentiert rassistische Gewalt gegen Roma in Griechenland, Tschechien und Frankreich.

Amnesty kritisiert Untätigkeit der EU und ihrer Mitgliedsstaaten.

BERLIN, 08.04.2014, – Anlässlich des Internationalen Roma-Tages am 8. April ruft Amnesty International die EU-Staaten dazu auf, entschlossen gegen die zunehmenden gewalttätigen Angriffe auf Roma in Europa vorzugehen. „Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen endlich gegen die zunehmenden rassistischen Angriffe auf Angehörige der Roma vorgehen“, fordert Selmin Çalışkan, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland. „Es ist völlig inakzeptabel, dass an machen Orten in Europa Roma in ständiger Angst vor gewalttätigen Ausschreitungen oder Anschlägen leben müssen.“

„Die Gewalttäter werden ermutigt von der passiven Haltung der Regierungen, die eine systematische Diskriminierung von Roma stillschweigend hinnehmen“, stellt Çalışkan fest. „Statt entschlossen der Gewalt und Diskriminierung entgegenzutreten, schützen viele europäische Politiker sogar den Glauben, Roma seien für ihre Ausgrenzung selbst verantwortlich. Derartige Äußerungen auch von ranghohen Politikern feuern Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft nur noch weiter an und sind eine Verdrehung der Tatsachen. Die derzeitige Situation vieler Roma lässt sich auf die jahrelange Missachtung der Rechte dieser größten europäischen Minderheit zurückführen.“

In einem heute veröffentlichten Bericht dokumentiert Amnesty International am Beispiel der EU-Länder Griechenland, Tschechien und Frankreich, dass die Polizei bei gewalttätigen Angriffen auf Roma vielfach nicht eingreift und gegen die Täter nicht ernsthaft ermittelt. Mutmaßliche rassistische Motive werden häufig nicht untersucht und die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen. Ein Beispiel

sind die von rechten Gruppen organisierten Protestmärsche gegen Roma im Sommer 2013 in Tschechien, die teilweise in gewalttätigen Ausschreitungen endeten. In einigen Ländern, wie zum Beispiel Griechenland, sind es auch Polizisten selbst, die mit exzessiver und rassistischer Gewalt gegen Roma vorgehen.

Amnesty fordert auch die EU-Kommission zum Handeln auf. Die Antirassismusrichtlinie der EU verpflichtet die Staaten unter anderem gegen rassistische Gewalt vorzugehen. „Die EU-Kommission muss die Umsetzung der Antirassismusrichtlinie endlich stärker überwachen und in letzter Konsequenz Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedsstaaten einleiten, die sie nicht oder nur halbherzig umsetzen. Das EU-Recht konsequent anzuwenden, wäre ein entscheidender Schritt, um gegen die systematische Diskriminierung von Roma in Europa vorzugehen“, so Çalışkan.

Bereits in den vergangenen Jahren hat Amnesty dokumentiert, dass viele der 10 bis 12 Millionen in Europa lebenden Roma systematisch diskriminiert werden, etwa beim Zugang zu schulischer Bildung oder in ihrem Recht auf angemessenes Wohnen.

*Quelle: Amnesty International
08.04.2014 ■*

Bayern: Landessynode würdigt Kirchenasyl

Die Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern hat heute in Bayreuth zur Frage des Kirchenasyls Stellung genommen:

„Die Landessynode versteht und anerkennt das so genannte Kirchenasyl als gewissenhaft begründetes Engagement von Kirchenvorständen für Flüchtlinge. Kernanliegen ist die humanitäre Hilfe für Menschen, die auf Anerkennung als Asylberechtigte im Sinne des Grundgesetzes und damit auf ein Bleiberecht in unserem Land oder zumindest auf eine Duldung hoffen.“

Das so genannte Kirchenasyl ist kein rechtsfreier Raum. Asyl gewährt allein der Staat. Aber es ist ein wertvoller Dienst am Rechtsstaat, wenn sich Christinnen und Christen aufgrund ihres Gewissens, ihrer Glaubensüberzeugung und ihrer ethischen Maßstäbe dafür einsetzen, dass Flüchtlinge zu ihrem Recht kommen. Fundamentalnorm des Rechtsstaates ist der Schutz der Menschenwürde, deren Unantastbarkeit auch und gerade bei Menschen auf der Flucht gewahrt und gesichert werden muss. Die Landessynode zollt all jenen hohen Respekt, die dafür einstehen, dass alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft und alle humanitären Erfordernisse erfüllt werden, damit Asylsuchende in unserem Land die Hilfe finden, die sie brauchen, um für sich Perspektiven für ihr weiteres Leben entwi-

ckeln zu können.

Die Landessynode bittet Staat und Behörden, in diesem Sinne das so genannte Kirchenasyl zu achten. Die Äußerung des Innenministers, Kirchenasyle nicht zu räumen, wird dankbar zur Kenntnis genommen. Wir verlassen uns darauf. Kirchenasyl ist kein Affront gegen das Recht, sondern Dienst am Recht, das Leben zu schützen hat. Allerdings erfüllt die wachsende Zahl an so genannten Kirchenasylen mit Sorge und wirft Fragen auf, ob und wie das geltende Recht und seine Anwendung verbessert werden müssen, um Asylsuchenden und ihrem berechtigten Wunsch nach einem Leben in Sicherheit gerecht werden zu können. Darüber hinaus ist ein zeitgemäßes Zuwanderungsrecht zu erarbeiten. Kirche und Diakonie sind seit langem im Gespräch mit politisch Verantwortlichen, um den dringlichen Handlungsbedarf aufzuzeigen. Kirchenasyle unterstreichen die Dringlichkeit und verdienen umso mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung.“

Quelle: Pressemitteilung <http://www.kirchenasyl.de> 04.04.2014 ■

Internationaler Tag der Roma In den Dialog treten

Sehr geehrte Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel,

wir möchten Sie erneut auffordern, mit uns in den Dialog zu treten. Am 8. April begehen wir mit einer Demonstration den Internationalen Tag der Roma. An diesem Tag im Jahr 1971 trafen sich in der Nähe von London Roma-Vertreter_innen aus 25 Ländern, um über nationale Grenzen hinweg eine Bewegung zu gestalten, die den gesellschaftspolitischen Herausforderungen der größten Minderheit Europas gerecht werden kann. In diesem Kontext haben die Vertreter_innen der einzelnen Organisationen ihren Willen proklamiert am Erhalt der Sprache, Förderung der Erinnerungspolitik und gegen Diskriminierung unter einer politischen Flagge und der Eigenbezeichnung Roma solidarisch zu agieren. Sie gründeten die Internationale Romani Union und seitdem gedenken jährlich Roma und Roma-Selbstorganisationen diesem wichtigen Tag, der für Selbstbestimmung, Unabhängigkeitskampf und Würde steht. Dieser politischen Tradition schließen wir uns mit einer Demonstration vor dem Bundeskanzler_innenamt bis zum Bundesrat an.

Wir fordern: Bleiberecht für alle Roma in Deutschland und eine Bekämpfung des sich europaweit ausweitenden Rassismus gegen Roma..

Wir möchten Sie an Ihre Worte anlässlich der Einweihung des Mahnmales für die ermordeten Roma Europas erinnern, „dass Deutschland sich für die Rechte der

Sinti und Roma einsetzt“.

In der EU und ihren Nachbarländern sind Menschenrechte für Roma nicht gewährleistet. Während wir im europäischen Kontext von Segregation, faschistischen Aufmärschen und Morden, versperrten Zugängen zu Bildung und Gesundheitssystemen sprechen müssen, spielen sich ähnliche Probleme in Deutschland ab. Jugendliche erleben schulische Segregation, oftmals erhalten Sie nicht die notwendige Pflege bei ihrer Gesundheit oder werden abgeschoben, obwohl Suizidgefahr besteht oder sie hier geboren wurden und aufwuchsen. Mediale rassistische Hetze dominiert nicht nur die Medien, sondern auch Ihre Partei. Wenn hilfeschende Menschen als Asylbetrüger diffamiert werden, dann müssen wir Angst haben. Nicht nur die alltägliche Angst davor diskriminiert zu werden, wenn Arbeitgeber oder Freunde die Roma-Identität hören – Nein: wir müssen auch Angst haben vor Nazi-Banden, die sich durch die Politik gestärkt sehen.

Sie als Bundeskanzlerin können ihre Position nutzen, um in Deutschland und Europa zu einem Umdenken in der Politik gegenüber den Roma aufzufordern. Sie können auch aus historischer Verantwortung Deutschlands heraus dazu anregen, unsere Forderungen, wie die gesetzliche Grundlage für einen gesicherten Aufenthalt zu ermöglichen.

Daher fordern wir Sie auf, unsere Forderungen für ein Ende der Vertreibung von Roma aus Deutschland umzusetzen:

- ▶ Für ein bedingungsloses Bleiberecht für langjährig geduldete Roma
- ▶ für die Anerkennung der existenzbedrohenden Diskriminierung gegen Roma als Asylgrund
- ▶ für die Verbesserung der Situation der Roma in ganz Europa
- ▶ für eine politische Positionierung zu medialer Hetze
- ▶ für das Ende von Segregation an Schulen und gleichberechtigtes Lernen

Sie selbst haben seit der Eröffnung unseres Mahnmals keiner einzigen Veranstaltung zum Thema mehr beigewohnt. Deshalb kommen Sie am 8. April um 16.30h vor das Bundeskanzlerinnenamt, um sich zu unseren Forderungen und Ihren Worten angemessen zu verhalten.

Mit freundlichen Grüßen,

Bundes Roma Verband, Romano Bündnis Berlin, IniRromnja, Roma Informations Zentrum, Roma Aether Club Theater, RomaTrial, Roma Center Göttingen, alle bleiben!, Wakti Romano, Roma Thüringen, Roma Initiative Hamburg, Romano Drom Magdeburg

Quelle: <http://bundesromaverband.de/8-april-internationaler-tag-der-romma-Berlin>, 04. 04.2014 ■

Spanien: Erstmals Asyl für Zwangsprostituierte

Spanien hat erstmals einer Frau Asyl gewährt, die Frauenhändler ins Land gebracht haben.

Die Frau aus Nigeria wurde auf ihrer zweijährigen Reise nach Spanien wiederholt vergewaltigt und zur Prostitution gezwungen. Zweimal wurde sie schwanger und zur Abtreibung gezwungen, berichtet „El Pais“. Bei ihrer Ankunft in Spanien war sie erneut schwanger und brachte später eine Tochter zur Welt. Die Menschenhändler verlangten von ihr 20000 Euro (24000 Franken). Wenn sie diese Summe nicht bezahlen könne, müsse sie sich prostituieren.

Im Empfangszentrum berichtete die Nigerianerin Mitarbeitenden des spanischen Roten Kreuzes von ihrem Martyrium. Diese empfahlen ihr, die Täter bei der Polizei anzuzeigen und Asyl zu beantragen. Die geschundene Frau trug mit ihrer Aussage dazu bei, dass ein Frauen- und Menschenhändlering gesprengt und die Haupttäter verhaftet werden konnten. Dafür bezahlt sie einen hohen Preis: Sie hat eine neue Identität und muss aus Sicherheitsgründen regelmässig umziehen. Sie darf keinen Kontakt zu Landsleuten aus Nigeria haben, um die Frauenhändler nicht auf ihre Spur zu bringen.

Entscheid soll anderen Opfern Mut machen

Rosa Flores vom spanischen Roten Kreuz sagt, die Nigerianerin sei eine Kämpferin. Sie habe gezeigt, dass es möglich sei, die eigene Ausbeutung zu beenden. Viele Frauen würden den Mitarbeitenden des spanischen Roten Kreuzes im Empfangszentrum ähnliche Geschichten erzählen. „Aber sie werden von den Tätern derart massiv unter Druck gesetzt, dass sie nicht zur Polizei wollen.“ Rosa Flores hofft, dass der Asyl-Entscheid anderen Opfern von Frauenhandel Mut macht, die Täter anzuzeigen. Die Polizei in Spanien geht von landesweit etwa 12000 Zwangsprostituierten aus, mit denen Frauenhändler täglich rund fünf Millionen Euro (6 Millionen Franken) verdienen.

In Deutschland gelten Zwangsprostituierte aus Nicht-EU-Staaten rechtlich als illegal eingereiste Ausländerinnen. Nur wenn sie bereit sind, vor Gericht gegen die Täter auszusagen, können sie unter Umständen bis zum Ende des Strafprozesses in Deutschland bleiben. Danach werden die meisten abgeschoben. Ähnlich ist die Rechtslage in anderen Ländern der EU und in der Schweiz. Die Frauenrechtsorganisation „Terre des Femmes“ verlangt, dass Opfer von Zwangsprostitution ein unbefristetes Aufenthaltsrecht erhalten, und zwar unabhängig davon, ob sie vor Gericht aussagen.

Quelle: <http://www.frauensicht.ch/> 7. 4.2014 ■

Niedersachsen: Kritik an Abschiebungspraxis

Der heutige Artikel aus der HAZ „Nachts finden immer noch Abschiebungen statt“, berichtet ausführlich über das Ansteigen der Abschiebungszahlen, den nach wie vor hohen Anteil an Nachtabschiebungen und den Vollzug von Dublin – Abschiebungen in Niedersachsen. Konkrete Zahlen hierzu finden sich in einer Antwort der Landesregierung vom 6.03.2014 auf eine Kleine Anfrage von Ansgar Focke (CDU), siehe Drs. 17-1288.

Zur Spezifizierung unserer Kritik folgende Anmerkungen:

Die Landesregierung verweist zu Recht auf die Zuständigkeit des Bundes zur Frage, ob ein Asylverfahren in Deutschland durchgeführt oder verwehrt wird. Das Innenministerium hat es nicht in der Hand, Dublin III – Bescheide des Bundesamtes aufzuheben, ist also gebunden an die Entscheidung und muss sie umsetzen.

Der konkrete Vollzug von Abschiebung fällt jedoch in die Verantwortung des Landes. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit, der Achtung der Würde des Einzelnen sowie im Interesse einer Wahrung der Familieneinheit kann und darf das Land eine Abschiebung aussetzen. Das Land hat einen humanen Umgang mit Flüchtlingen und den Verzicht auf das Auseinanderreißen von Familien versprochen.

Hier setzt unsere Kritik an: Nach wie vor gibt es nicht nur viele Nachtabschiebungen, sondern immer wieder auch Dublin III – Abschiebungen ohne eine vorherige Ankündigung des Abschiebungstermins. Auch sind immer wieder schwerkranke Flüchtlinge von solchen Abschiebungen betroffen. ... Die behandelnden Fachärzte werden gefragt, ob der Transport eines Patienten ohne Lebensgefahr möglich ist, wenn eine ärztliche Begleitung mit Notfallmedizin im Flugzeug bereitgestellt wird und Medikamente mitgegeben werden. Auf diese Weise kann die „Reisefähigkeit“ auch von Schwerkranken herbeigeführt werden.

Auslöser unserer Kritik war die gestrige Abschiebung von Motasem N., der trotz bestehender Suizidalität aus der Psychiatrie abgeholt und von seiner Frau getrennt wurde, die wegen mehrfacher Suizidversuche ebenfalls in der Psychiatrie aufgenommen worden ist und sich dort in therapeutischer Behandlung befindet. Vor dem Hintergrund dieser Eskalation hätten wir erwartet, dass das niedersächsische Innenministerium die Abschiebung abgebrochen und ausgesetzt hätte. Selbst das BMI hat Anweisungen herausgegeben, Abschiebungen „nicht um jeden Preis“ zu vollziehen. Auch unter Bezugnahme auf die Wahrung der Familieneinheit hätte die Abschiebung aus unserer Sicht abgebrochen werden müssen. ...

Quelle: <http://www.nds-fluerat.org> 20.03.2014



Antifaschismus

Ulrich Schneider

Pocketformat, 135 Seiten

Das Buch zeichnet die Geschichte des Antifaschismus-Begriffs und der damit verbundenen organisierten Bewegung vor allem in Deutschland nach. „Antifaschismus“ wird sowohl als analytische Kategorie als auch als Handlungsorientierung aufgefasst. In der Weimarer Zeit war er stark geprägt durch die Parteien der Arbeiterbewegung. Der antifaschistische Widerstand

Der Trägerverein der Eis-sporthalle, die sich im Besitz der Stadt Essen befindet, wurde Ende März durch die Antifa Essen Z über den politischen

Hintergrund der Band informiert. Der Hallenbetreiber versuchte daraufhin, eine einvernehmliche Auflösung des Nutzungsvertrags zu erreichen, was jedoch an dem Veranstalter des Konzerts scheiterte. In einem Schreiben an die Antifa Essen Z drückte der Verein hierüber sein Bedauern aus und kündigte an, dass in Zukunft keine Auftritte der kroatischen Band mehr in der Eis-sporthalle stattfinden würden.

„Die Versuche des Vereins, den Vertrag mit dem Konzertveranstalter aufzukündigen, begrüßen wir ausdrücklich“, so Tessa Kuijer, Pressesprecherin der Antifa Essen Z. „Nachdem diese Bemühun-

bis hin zur Anti-Hitler-Koalition repräsentierte bereits ein breiteres Spektrum. Heute gibt es unterschiedliche Zugänge zum Antifaschismus. Einerseits verbindet sich Antifaschismus auf der Grundlage marxistischer Gesellschaftsanalyse mit Antikapitalismus. Andererseits umfasst die organisierte antifaschistische Bewegung auch Menschen und Strömungen, die diese Auffassung nicht teilen. Gemeinsam ist jedoch allen der praktische Einsatz gegen alle Formen von sozialer Ausgrenzung, von Rassismus und

Ungleichbehandlung, gegen zwischenstaatliche Aggression, für demokratische und soziale Rechte.

Ulrich Schneider, Dr. phil., *1954. Historiker und Lehrer, ist Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN – BdA). Zahlreiche Buch und Zeitschriftenveröffentlichungen zu Faschismus, Widerstand und Neofaschismus.

9,90 Euro; ISBN 978-3-89438-543-9

PapyRossa Verlag

Rechtes Großkonzert in der Essener Eis-sporthalle

Die ultrarechte kroatische Band „Thompson“ kündigt für den 3.5.2014 einen Auftritt in der Essener Eis-sporthalle an. Der Veranstalter rechnet mit bis zu 1800 Gästen. Die Versuche des Hallenbetreibers, den Mietvertrag aufzukündigen, blieben bislang erfolglos.

Hunderte Anhänger der rechtsradikalen kroatischen Rock-Band „Thompson“ werden sich am 3.5.2014 in Essen-Frohnhausen einfinden, falls der Auftritt der fünfköpfigen Formation um den Sänger Marko Perkovic wie angekündigt in der Essener Eis-sporthalle stattfindet [1].

Die Band ist europaweit für ihre nationalistischen und kriegsverherrlichenden Texte bekannt. Sie bedient sich bei ihren Auftritten faschistischer Symbolik und verherrlicht die kroatische Ustascha-Bewegung, die während der Zeit des Zweiten Weltkriegs eng mit der nationalsozialistischen Besatzungsmacht zusammenarbeitete und an der Ermordung hunderttausender Serben, Juden und Roma beteiligt war. Aufgrund ihrer politischen Ausrichtung wurde der Band 2009 die Einreise in die Schweiz verboten [2]. In den Niederlanden, Kanada und Italien mussten Auftritte von „Thompson“ ebenfalls abgesagt werden, nachdem antifaschistische Initiativen auf den rechtsradikalen Hintergrund der Band aufmerksam gemacht hatten.



gen bedauerlicherweise gescheitert sind, sehen wir nun die Stadt in der Pflicht. Politik und Verwaltung müssen prüfen, ob nicht doch eine Möglichkeit besteht, das rechte Konzert zu verhindern. Es kann nicht sein, dass eine rechtsradikale Band städtische Räumlichkeiten nutzt, um ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten“.

Antifa Essen

www.antifa-essen.de

(1) <https://www.facebook.com/events/1453834078179513/>
http://www.hrvti-frankfurt.de/images/a1-plakat-594x84_essen_tisak.jpg

(2) <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/kroatischer-blut-und-boden-rockstar-1.3770270>

Nachtrag: Das für den 3. Mai geplante „Thompson“-Konzert in der Essener Eis-sporthalle ist nicht der einzige Auftritt der rechtsradikalen kroatischen Band, der in den nächsten Wochen in Deutschland stattfindet. Bereits am 26. April soll „Thompson“ auch in Berlin spielen. Die Initiative „Recherche & Aktion Berlin“ hat aus diesem Anlass noch einmal umfassende Informationen über den rechtsradikalen Hintergrund der Band in einem ausführlichen Artikel zusammengetragen. [<http://www.recherche-und-aktion.net/2014/04/ustascha-thompson-berlin/>]

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: <http://www.antifaschistische-nachrichten.de>
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntentbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Neue Menschen oder Frauen zurück an den Herd?

Auf den ersten Blick will sich das Titelthema der Aprilausgabe nicht so recht erschließen: Ein androgyn wirkender Mensch, der ein wenig an eine männliche Ausgabe der Kölner Karnevalssängerin Marie-Luise Nikuta erinnert, kommentiert mit der Überschrift „Der neue Mensch – Wie einst bei Stalin: Gespenstisches EU-Umerziehungsprogramm ‚Gender Mainstreaming‘“. Was das alles bedeuten soll, ist unklar. Offenbar geht es einerseits um vom heterosexuellen Modell abweichende Formen der Sexualität (darauf deutet das Titelbild hin), zum anderen um Gender Mainstreaming (ein Begriff, der mit sexuellen Orientierungen nur am Rande zu tun hat) und zum dritten um Antikommunismus (darauf deutet der Verweis auf Stalin hin, ohne dass irgendeine Verbindung zu schwulem Leben oder Gender Mainstreaming bestünde). Alle drei Reizbegriffe bzw. -bilder wurden offenbar nur deshalb gewählt, weil darauf eine von Abscheu bestimmte emotionale Reaktion der ZUERST!-Leser(inn)en erfolgen soll oder genau genommen, erwartet wird.

Im Titelbeitrag von BERNHARD RADTKE, STEVE LEROD und ROBERT DIEHL wird denn auch versucht, die drei genannten Bestandteile zusammenzubringen. Zuerst ist aber auf gut zwei Seiten von Gender Mainstreaming die Rede, ohne das in irgendeiner Weise erklärt würde, was unter diesem Begriff überhaupt zu verstehen ist. Das geschieht erst auf der dritten Seite: „Auf den Punkt gebracht, lautet die Theorie: Daß man sich als Mann oder Frau verhält, hat nichts mit biologischen Gegebenheiten zu tun, sondern ist allein das Produkt historischer, kultureller und gesellschaftlicher Prägungen und Lernprozesse“. Der vier Sätze umfassenden Erklärung des Phänomens folgt die (deutlich umfassendere) Bewertung auf dem Fuß: „Schon diese oberflächliche Annäherung macht deutlich, daß es

sich bei GM um weit mehr als ein Instrument zur Gleichstellung handelt, wie es in ‚offiziellen‘ Darstellungen gern heißt. Gender Mainstreaming ist tatsächlich eine Ideologie, in deren Zentrum die Abschaffung der gängigen Vorstellung von ‚Geschlecht‘ und ihr Ersatz durch eine neue, ‚fortschrittliche‘ Betrachtung steht.

Aber, Schreck lass nach, es geht um mehr: „Damit ist die Gender-Theorie ‚nichts weniger als die versuchte Abschaffung biologisch bedingter Geschlechter, das Ende von Frau und Mann‘, bringt Barbara Rosenkranz es auf den Punkt“ (bei der genannten „Expertin“ Barbara Rosenkranz handelt es sich um eine führende Funktionärin der rechten FPÖ). „GM ist also Ideologie und zugleich die Strategie zu ihrer Umsetzung, ein Programm zu radikalen Veränderung der Gesellschaft“. Und, bei den Worten von der „radikalen Veränderung der Gesellschaft“ ist es schon zu ahnen, verantwortlich ist der Marxismus: „Untersucht man die ‚zweifelhafte theoretische Grundlage‘ näher, landet man schnell bei zentralen Theoretikern des Marxismus. Bereits Friedrich Engels hatte die Beziehung von Mann und Frau innerhalb der Familie als Unterdrückungsverhältnis beschrieben. In den 1920er Jahren war es dann der aus Galizien stammende österreichische Psychiater Wilhelm Reich, der für die spätere Gender-Ideologie wichtige Fundamente legen sollte. Reich hatte die Theorien von Karl Marx und Sigmund Freud zu einer Art ‚politischer Psychoanalyse‘ verknüpft – daran knüpften später die Vordenker der sogenannten ‚Frankfurter Schule‘, des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main, an... Abschaffung der Familie, Zerstörung der Geschlechterrollen, umfassende Sexualisierung – die ‚hidden agenda‘ des Genderismus ist das offene Programm von Marxisten und Neomarxisten“.

Das alles ist übrigens alles andere als neu. Bereits um die Jahreswende 1847/48, also vor mehr als 160 Jahren, setzten sich Karl Marx und Friedrich Engels in ihrem

„Manifest der Kommunistischen Partei“ mit dem Vorwurf auseinander, sie wollten die „Aufhebung der Familie“ und die Einführung der „Weibergemeinschaft“. Dieser Teil des zweiten Kapitels liest sich, als wäre er eine Antwort auf den Beitrag in ZUERST! und zeigt damit, wie wenig aktuell und originell diese Vorwürfe sind.

Von welchem Frauen- bzw. Menschenbild die drei Autoren (ob es wohl Zufall ist, dass es sich ausschließlich um Männer handelt?) ausgehen, zeigt sich deutlich an den Stellen ihres Beitrages, an denen es um eine solche Selbstverständlichkeit wie die Frage nach der Erwerbstätigkeit von Frauen geht: „Die Frauen müßten vielmehr ‚eine bezahlte Arbeit‘ finden, und die Hausarbeit müsse mit den Männern geteilt werden, forderte die Feministin (Simone de Beauvoir – tri)... Ein zentrales Gender-Ziel ist es auch, möglichst viele Frauen in bezahlte Erwerbsarbeit zu bringen. Dies sei der Pfad zu Unabhängigkeit und echter Gleichheit, behauptet der Genderismus und denunziert zugleich Ehe, Mutterschaft und Familie als Institutionen zur Unterdrückung der Frau“.

Und, aufgepasst: „In diesem Punkt treffen sich die Interessen der Marxisten mit denen des Kapitals. Auch die Wirtschaft spekuliert auf das weibliche Humankapital, das sich bloß nicht durch zu lange Kindererziehungszeiten vom Geldverdienen abhalten lassen soll“. Die vorgebliche Interessenidentität zwischen Marxist(inn)en und dem Kapital endet nebenbei genau dort, wo es ums Geldverdienen geht. Denn während erstere (und nehmen wir auch noch GewerkschafterInnen und überhaupt alle abhängigen Beschäftigten, ganz unabhängig von ihrem Geschlecht) an auskömmlichen Löhnen interessiert sind, steht für die zweitgenannten das eigene Geldverdienen im ausschließlichen Mittelpunkt ihres Interesses. Die Löhne und Gehälter für berufstätige Frauen (und Männer) sind für die Unternehmer(inn)en (ebenfalls unabhängig von ihrem Geschlecht) Kosten, auf die sie liebend gern verzichten würden, könnten sie denn. Aber diese simple Erkenntnis aller arbeitenden Menschen passt wohl nicht ins Gesellschaftsbild von Menschen, die auch im Bau von Kindereinrichtungen eine Verschwörung erblicken: „Deshalb wird auch seit Jahren der Ausbau von Krippenplätzen so massiv vorangetrieben, obwohl die Ergebnisse der Forschung durchweg ‚dafür sprechen, daß das Kind am besten gedeiht, wenn es in den ersten drei Jahren ganz in der Obhut der eigenen Mutter ist‘, wie die Publizistin Gabriele Kuby...anmerkt“.

Kurz zusammengefasst lautet das Fazit: „Es geht nicht um Gerechtigkeit, sondern um einen aggressiven, totalitären Angriff auf die menschliche Natur“. Wenn Rechte von der menschlichen Natur sprechen, ist fast immer Vorsicht geboten, meinen sie damit doch Frauenunterdrückung, Aggression bis hin zum Krieg, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

tri ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
- Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
- Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise:
14-täglich

Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name:

Adresse:

Konto-Nr. / BLZ

Genauere Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507